

Stenographisches Protokoll

3. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 13. Mai 2004

Inhalt

Fragestunde (S. 104)

Aktuelle Stunde (S. 119)

Thema: „Modernisierung der Verwaltung in Kärnten“; Antragsteller: FPÖ-Klub;

Redner: Dr. Strutz (S. 119), Markut (S. 120), Mag. Grilc (S. 121), Holub (S. 122), Dr. Haider (S. 122), Mag. Dr. Kaiser (S. 123), Mag. Dr. Martinz (S. 125), Dipl.-Ing. Gallo (S. 126), Arbeiter (S. 127), Tauschitz (S. 128), Gunzer (S. 129), Mag. Ragger (S. 130)

Tagesordnung (S. 131)

Ldtgs.Zl. 177-1/29:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den

Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2004 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2004, dem Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2004 erteilt werden

Redner: Ing. Pfeifenberger (S. 131)

Mitteilung des Einlaufes (S. 141)

A) Anträge von Abgeordneten (S. 141)

B) Petition (S. 142)

Beginn: Mittwoch, 13.5.2004, 09.02 Uhr

Ende: Mittwoch, 13.5.2004, 12.04 Uhr □□

Beginn der Sitzung: 09.02 Uhr

V o r s i t z: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Ing. Scheuch**

A n w e s e n d: 33 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t: Abg. Mock, Abg. Mag. Trannacher

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich eröffne die 3. Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße das anwesende Regierungsmitglied Landesrat Ing. Rohr, - (*Es erfolgt ein Einwand des ebenfalls anwesenden Landesrates Dr. Martinz.*) – entschuldige, er war für mich hinter Ing. Rohr nicht sichtbar, Dr. Martinz. Ich begrüße ebenfalls die Zuhörer und die Zuhörerinnen und die Pressevertreter und berichte, dass sich folgende Abgeordnete entschuldigt haben: Abgeordneter Mock und Abgeordnete Trannacher haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Die Frau Abgeordnete Trodt wird um 11.00 Uhr eintreffen und die Bundesräte Zellot und Kampl haben sich entschuldigt, weil eine Sitzung im Bundesrat ansteht. Ich begrüße auch den Herrn Landeshauptmann und den Herrn

Dipl.-Ing. Freunschlag

Landesrat Dörfler. *(Die beiden erwähnten Regierungsmitglieder sind soeben eingetroffen.)*

Ich möchte noch einmal aufmerksam machen, dass im Sitzungssaal ein Handyverbot gegeben ist, auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer, an-

sonsten, wenn das übertreten wird, ein Bußgeld von 10,-- Euro für karitative Zwecke abzuliefern ist.

Ich komme zur

Fragestunde

der 3. Sitzung und rufe die erste Frage auf:

1. Ldtgs.Zl. 1/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der konstituierenden Sitzung des Landtages hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy mit dem Hinweis Aufmerksamkeit erregt, dass in dieser Periode für die Kommunalgebühren eine leistbare Höhe eingeführt werden soll. Das ist erfreulich, damit begibt er sich zu hundert Prozent auf FPÖ-Linie. *(Abg. Mag. Grilc: Ach so!)* Wir haben hier durch zahlreiche Aktivitäten im Landtag diese Sachen eingefordert, - nur bei der Umsetzung hat es bisher gehapert. Das einzige Umsetzungsergebnis, das bisher positiv war, war jenes von der Frau Landesrätin Sickl, aber das ist schon sehr lange her.

Daher frage ich Sie, Herr Landesrat Rohr: Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die vom Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy in der konstituierenden Sitzung des Kärntner Landtages angekündigten leistbaren Gebühren für Müll, Wasser und Abwasser in Kärnten sicherzustellen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungskollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abgeordneter Gallo! Wenn Sie

das Regierungsprogramm, das zwischen FPÖ und SPÖ für die kommende Legislaturperiode ausverhandelt wurde, aufmerksam gelesen hätten, dann hätten Sie feststellen können, dass es ein erklärtes Ziel ist, dass wir im Bereich der Gebührengestaltung für die Bürger erträgliche Kosten haben wollen. Daher hätten Sie diese Anfrage bei korrektem Studium des Regierungsprogrammes an mich nicht stellen müssen, aber im Hinblick auf die in der Öffentlichkeit verstärkt geführte Diskussion der Gebührengestaltung in den Kärntner Kommunen wird die Angemessenheit der Gebühren, dessen ungeachtet, einer vertieften Prüfung durch die Gemeindeaufsicht unterzogen werden.

Das war also eine meiner ersten Maßnahmen als Gemeindereferent, diesen Auftrag auch an die Gemeindeabteilung zu erteilen. Die aktuellen Gebührensätze in den Kärntner Kommunen sollten daher einer Studie unterworfen werden, aus der detailliert hervor geht, auf Grund welcher Ursachen die konkreten Kostenkomponenten – beispielsweise die Verzinsung der Errichtungskosten, Bevölkerungsstruktur, Mobilität der Bürger etc. – oft unerwarteten Schwankungen unterliegen, bzw. welche Kosten die Gemeinden tatsächlich in der Gebührenkalkulation mit inkludieren. Allgemein besteht auch in den Gemeinden ein starker Wunsch nach einer solchen Projektarbeit, da die Sicherung der leistbaren Daseinsversorgung eine Notwendigkeit für die Stärkung der Finanz- und Verwaltungskraft der Gemeinden ist. Die Ergebnisse dieser Studie sollen auch Ausgangspunkt für eine Verbesserung und Optimierung des Gebührenaufkommens und der Gebührengestaltung in den Kärntner Gemeinden sein.

Die Gemeinden müssen starke Bemühungen im Bereich der Kundenorientierung und der Ablauforganisation setzen, um einerseits Einsparungen zu erreichen und dennoch andererseits eine Qua-

Ing. Rohr

litätssicherung ihrer Einrichtungen und Anlagen zu gewährleisten. Die allgemeine Verknappung der finanziellen Mittel muss zu einer Optimierung des Gebührenaufkommens und der Gebührengestaltung führen, denn die Städte und Gemeinden haben eine zentrale Funktion als Servicedienstleister für die Bürger. Und die Einführung dieses Bench-Markings soll auch ein konsequentes Qualitätsmanagement ermöglichen, was wiederum nachhaltig zu einer Leistungsverbesserung in der Abgabenverwaltung führen wird. Das allerdings sind etliche Faktoren, die wichtig sind in der Beurteilung der Situation.

Es wird aber auch ganz besonders wichtig sein, dass wir durch eine optimale Finanzunterstützung der Förderstellen, das heißt, vom Bund haben wir genügend Geld, vom Land haben wir derzeit zu wenig Mittel, um beispielsweise im Kanalbau die Finanzierung auch tatsächlich aktuell sicherzustellen, dass eben die Gemeindeeinrichtungen dann auch entsprechend finanziert werden müssen, denn eines muss schon auch festgestellt werden: Wenn Projekte realisiert werden, dann muss auch eine Zügigkeit im Baufortschritt gegeben sein. Wenn nämlich der Bau ins Stocken gerät, dann wirkt sich das unmittelbar wieder auf die Gebühren für den einzelnen Bürger aus, denn wenn Bauabschnitte nach hinten gestreckt werden, dann sind Anschlüsse, die in der Kalkulation mit einberechnet wurden, nicht vorhanden und daher ist es notwendig, dass wir auch von Seiten des Landes – und da werden wir auch alle entsprechend gefordert sein, wenn heute das Budget besprochen wird und begleitet wird vom Finanzreferenten – dass, wenn noch vor dem Sommer ein Nachtragsbudget für das Jahr 2004 beschlossen werden soll, die entsprechende finanzielle Dotierung gewährleistet ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Ist auch nicht der Fall. Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat! Ich stelle mit Freude fest, dass meine Anfrage doch zu einem positiven Ergebnis führt. Ich hoffe, dass es durch die Studie aber nicht nur zu Beratungskosten kommt.

Meine Zusatzfrage lautet: Welchen Zeitrahmen setzen Sie sich selbst, um ein erstes, wirksames Ergebnis präsentieren zu können?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Kollege Gallo! Erstens einmal ist von mir gesagt worden, dass diese Evaluierung bzw. die Erstellung dieser Studie durch die zuständige Gemeindeabteilung gemacht wird und daher keine externen Beratungskosten, wie sie derzeit öffentlich in Diskussion stehen und durchaus von der schwarz/blauen Bundesregierung exzessiv in Anspruch genommen wurden, zu Buche stehen werden. Was den Zeitplan betrifft, können wir davon ausgehen, dass wir bis zum Ende dieses Jahres eine entsprechende Übersicht über die aktuelle Gebührengestaltung haben werden, weil es auch mein Ziel ist als Gemeindeferent, dass wir mit diesem Bench-Marking sozusagen den Kostenvergleich unter den Gemeinden entsprechend auch sicherstellen können, der letztlich auch bei der künftigen Verteilung von Bedarfszuweisungsmitteln eine entsprechende Rolle spielen sollte. Ich will als Gemeindeferent nicht dem Vorwurf ausgesetzt sein, dass man sagt, es wird dort politisch agiert, dass eben die eine Gemeinde mehr Zuteilung bekommt und jene Gemeinde, die einem vielleicht politisch nicht so gefällt, weniger Zuteilung bekommt, sondern ich will damit auch objektive Kriterien in der Verteilung der Bedarfszuweisungsmittel schaffen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 1. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 2/M/29:

Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider

Dipl.-Ing. Freunschlag

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Landesregierung! Geschätzte Gäste, Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Begründung für meine Anfrage: Die Änderung der Kärntner Landtagswahlordnung mit dem Ziel, die Grundmandatschürde zu senken, war bereits Gegenstand mehrerer Dringlichkeitsanträge, zum Beispiel vom 25.9.2001, im Kärntner Landtag. Auch der Kärntner Landtag hat in seiner 32. Sitzung am 15.9.2001 in seinem Beschluss die Landesregierung aufgefordert, Änderungen der Kärntner Landtagswahlordnung mit der Zielsetzung vorzulegen, dass die Grundmandatschürde abgesenkt wird. Die demokratiepolitische Notwendigkeit der Senkung der auch im Bundesvergleich relativ hohen Grundmandatschürde der Kärntner Landtagswahlordnung hat sich auch nach dem Einzug der Grünen in den Kärntner Landtag nicht geändert. (*Abg. Ing. Scheuch: Frage!*)

Daher meine Frage: Welche Maßnahmen werden Sie mit dem Ziel setzen, dass auch nach dem Einzug der Grünen in den Kärntner Landtag die Grundmandatschürde im Rahmen einer Änderung der Kärntner Landtagswahlordnung gesenkt wird?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Damen und Herren! Grundsätzlich handelt es sich hier um eine Materie, die der Landtag zu beurteilen hat, denn er beschließt die Gesetze. Von Seiten der Landesregierung ist, wie Sie dem neuen Regierungsprogramm entnehmen können, daran gedacht, dass wir die Demokratie in Kärnten weiter entwickeln, dass es aber sicherlich nicht die Intention der neuen Landesregierung ist, aus Anlass des Einzuges einer Partei in den Landtag, Wahlrechtsänderungen vorzunehmen, denn das würde ja eine völlige Destabilisierung bedeuten, wenn jedes Mal, wenn sich irgendwo in einem Landesparlament etwas ändert, die gesamte Wahlrechtssystematik geändert werden würde. Wir haben eine klare Vorgabe durch die Bundesverfassung, wo die Prinzipien des Verhältniswahlrechtes festgelegt sind. An dem wollen wir festhalten, weil das Verhältniswahlrecht zum

Unterschied vom Mehrheitswahlrecht in anderen europäischen Ländern die Möglichkeit bietet, dass auch relativ kleinere Gruppierungen in den Parlamenten vertreten sind und zur Mitwirkung am politischen Leben durch den Wähler ermächtigt werden. Und ich glaube, dass wir damit in Österreich und auch in Kärnten gut gefahren sind. Wir haben den Beweis bei der Landtagswahl erhalten, dass es nicht eine Zehn-Prozent-Hürde bei uns gibt, sondern in Wirklichkeit 6,7 Prozent ausreichen, um in den Landtag einzuziehen.

Das heißt also, dass wir durchaus gut aufgestellt sind. Was wir aber tun wollen ist, dass wir die direkte Demokratie weiter entwickeln. Das ist ein Anliegen, das nicht nur die neue Landesregierung hat, weil jemand sicherlich aus der Sicht von kleineren Parteien ein Interesse daran hat, leichter zu Mandaten zu kommen. Wir haben ein Interesse daran, dass der Bürger mehr mitwirken kann an der politischen Willensbildung im Lande. Daher wird es ein sogenanntes „Bürgerrechtsgesetz“ geben, das auch schon im wesentlichen vorbereitet ist vom Verfassungsdienst und von uns in der Landesregierung als Regierungsvorlage noch zu beraten ist, und dann der Behandlung des Landtages überantwortet wird, wobei die Intention ist, die Instrumente der direkten Demokratie schärfer zu machen.

Denn wir alle wissen, dass das Volksbegehrensinstrument ein relativ „stumpfes Instrument“ ist, weil der Bürger trotz nachhaltiger Unterstützung in Wirklichkeit keine Garantie hat, dass dann auch etwas passiert, wenn er eine Initiative ergreift. Dasselbe gilt für Volksbefragungen, wo es darum geht, sehr punktuell spezifische Maßnahmen auch einer Befragung durch die Bevölkerung zu unterziehen. Denken Sie gerade an Umweltfragen, wie beispielsweise auch die jüngst in Klagenfurt diskutierte Frage des Konferenzentrums! Da könnte es durchaus sein - wenn die Landesregierung unverändert geblieben wäre und der frühere Referent wäre noch im Amt -, dass er keinen Einspruch gegen die geplante Zerstörung des Lendspitzes erhoben hätte. Es wäre damit einer der letzten Umweltbereiche und begehbaren und erlebbaren Uferbereiche des Wörther Sees geopfert worden. Das ist also ein absoluter Erfolg auch der Bürger bei der Landtagswahl gewesen, dass es hierbei zu einer Veränderung gekommen ist und dass beide Koalitionsparteien ganz fest entschlossen sind, eine

Dr. Haider

sehr konsequente Umweltpolitik auch in Kärnten zu gehen, die sicherstellt, dass wir mit unserem Lebensraum und mit unseren ökologischen Voraussetzungen einfach gut haushalten – ohne dabei die Wirtschaft zu bremsen –, aber dort, wo es um die Erhaltung des Lebensraums für alle geht, auch klare Grenzen ziehen! (*Abg. Dr. Strutz: Danke, Jörg! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich denke, dass das auch im Interesse der Bürger ist. Denken Sie daran, dass wir ebenfalls etwa im Naturschutzbereich schon klar gemacht haben, dass es keine neue Umfahrung von Moosburg geben wird, wo man versucht hat, mit Weisungen gegen die Entscheidung des Naturschutzbeirates eine neue Umfahrungsstraße in Moosburg zu bauen und wo der Ausbau des Bestandes entlang des Teiches völlig ausreicht und damit also auch wichtiger Lebensraum für die Bevölkerung erspart werden kann. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) Wir werden diese Initiativen letztlich fortsetzen. Es können aber auch Fälle eintreten, wo die Bevölkerung sagt: „Wir wollen hier selber initiativ werden, um die Regierung, den Landtag, auf Probleme aufmerksam zu machen.“ Dieses Bürgerrechtsgesetz wird eine Schärfung der Instrumente zum Inhalt haben, wobei wir auch daran denken, dass wir ein entsprechendes Petitionsrecht nicht nur an den Gesetzgeber, sondern auch an die Verwaltung gleichermaßen in diesem Bürgerrechtsgesetz verankern. Das heißt, dass auch kurzfristig für einzelne wichtige Lebensfragen eine relativ kleine Gruppe von Bürgern die Landesregierung oder den Landtag veranlassen sollte, (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, die Redezeit ist abgelaufen!*) sich konkret mit einem Thema zu beschäftigen. Ich glaube, dass das wichtig ist! Der Bürger soll mehr und stärker in die demokratische Entscheidungsfindung der Gremien eingebunden werden! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Seitens der Sozialdemokratischen Fraktion? – Ebenfalls nicht. Seitens der ÖVP? Auch nicht. Dann hat die Anfragerin noch eine Zusatzfrage, wenn sie sie wünscht.

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Der Anlass dieser Frage war natürlich nicht der Einzug der Grünen in den Landtag. Wir sind ja jetzt da. Der Anlass ist die Situation, dass das Wahlrecht in Kärnten nicht zeitgemäß ist. Es gibt nur noch in der Türkei diese Zehn-Prozent-Hürde. Das entspricht auch nicht dem europäischen Standard. Es bringt auch nicht viel, wenn wir jetzt etwa hören, dass die Bürger und Bürgerinnen und die Umwelt dann so voll werden. (*Abg. Lobnig: Zusatzfrage!*) Was ist dann mit der demokratiepolitischen Veränderung und mit der Reorganisierung?

Daher die Zusatzfrage: (*3. Präs. Ing. Scheuch: Endlich!*) Was wollen Sie tun, um diese Grundmandatschürde dem europäischen Standard anzugleichen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie von direkter Demokratie nichts halten und hier festgestellt haben, dass Sie nichts davon halten, dass wir die direkte Demokratie für die Bürger ausbauen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Das ist bedauerlich, entspricht aber möglicherweise einer Geisteshaltung, die im 19. Jahrhundert repräsentativ war – jedoch in einer modernen Demokratie des 21. Jahrhunderts nicht mehr verloren hat! Sie werden feststellen, dass überall nicht die Frage „Wer bekommt leichter ein Mandat?“ im Vordergrund steht, sondern „Wie kann der Bürger entscheidungsförmig und pflichtgemäß an Entscheidungen mitwirken, die sein Leben betreffen?“ Das ist eigentlich das Wichtige! Dem werden wir uns widmen, wie ich Ihnen das skizziert habe.

Es ist auch unrichtig, wenn Sie sagen, dass europäische Standards bei uns gebrochen werden würden. Ich bitte Sie nur, etwa die französische Verfassung und die Wahlrechte zu den Regionalparlamenten anzusehen! Dort haben Sie überall mindestens eine Zehn-Prozent-Klausel. Wenn Sie diesen europäischen Standards gemeint haben, müssten wir die Grundmandatsklausel ab sofort erhöhen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 2. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 3. Anfrage:

**3. Ldtgs.Zl. 6/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Schwager
an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landesrat Rohr, Folgendes ist eingetreten: Vergangenes Jahr haben Sie festgestellt, dass die Westkärntner Gemeinden, der Abfallwirtschaftsverband Westkärnten, von allen Gemeinden Kärntens die höchsten Gebühren für die Müllbeseitigung verrechnet haben. Jetzt konnte ich feststellen, dass in allen diesen 18 Gemeinden im Zuge der Erstellung der Jahreshaushalte für das Jahr 2004 die Müllgebühr weiter erhöht wurde, und zwar in einigen Gemeinden sehr drastisch.

Deshalb meine Frage: Was sind die Gründe, dass eben der Abfallwirtschaftsverband Westkärnten die höchsten Gebühren für die Müllbeseitigung in ganz Kärnten hat?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich denke, Kollege Schwager, du müsstest das wissen, weil ich habe irgendwie im Vorfeld der Wahl vernommen, dass du mit deinen Osttiroler Kollegen einen parteiinternen „Müllgipfel“ veranstaltet hast und eigentlich, so hoffe ich, auch nach den Ursachen geforscht hast. Wenn du das bis jetzt noch nicht erkunden konntest, dann werde ich dir das jetzt sagen.

Es ist richtig, dass die Müllgebühren im Bereich der Gemeinden des Abfallwirtschaftsverbandes Westkärnten um rund 40 % höher liegen als in den restlichen Gemeinden Kärntens. Aus meiner Sicht sind dafür folgende Punkte verantwortlich:

Erstens zu den hohen Entsorgungskosten auf der Deponie Lavant in Osttirol. Es ist nämlich so, dass der Abfallwirtschaftsverband seinen Restmüll auf die Deponie Lavant in Osttirol entsorgt und die Deponierungskosten dort zumindest um 30 % über den Deponierungskosten der Kärntner Deponien liegen. Die Gründe dafür sind folgende: Erstens einmal die kostenintensive Sickerwasserreinigung sowie ein sehr hoher Stand der Technik. Die Deponie wird ja erst Mitte der Neunzigerjahre in Betrieb genommen – obwohl bereits damals bekannt war, dass in absehbarer Zeit unbehandelte Abfälle nicht mehr deponiert werden darf. Bereits Anfang der Neunzigerjahre haben die Umweltreferenten des Landes Kärnten den Verantwortlichen des Abfallwirtschaftsverbandes Westkärnten nachdrücklich empfohlen, die Entsorgung des Restmülls nicht mehr außerhalb Kärntens sondern auf einer Deponie in Kärnten durchzuführen. Der Abfallwirtschaftsverband Westkärnten hat aber, insbesondere mit der Begründung, dass das die kostengünstigste Lösung sei, weiter in Osttirol mitinvestiert. Es gibt dazu sogar eine eigene Resolution des Abfallwirtschaftsverbandes Westkärnten vom 3. 7. 1992. Ich könnte dir diese zur Verfügung stellen. Es würde die Zeit jetzt zu sehr strapazieren, um sie dir zu präsentieren, aber das Ergebnis sind heute die hohen Entsorgungskosten.

Zweitens gibt es einen wesentlichen Grund, dass die Gemeinden bzw. der Abfallwirtschaftsverband Westkärnten seit Jahren die Abfallsammlung nicht ausgeschrieben haben. Es waren die Bürgermeister aufgefordert – und du warst ja selbst Bürgermeister einer dieser Verbandsgemeinden –, dass die Gemeinden des Abfallwirtschaftsverbandes Westkärnten bzw. der Verband selber in den letzten Jahren eine Ausschreibung über die Sammlung und den Transport von Haus- und Sperrmüll durchzuführen haben. Ich persönlich habe in den vergangenen Jahren die Gemeinden, aber auch den Gemeindeferenten immer wieder auf Grund der Situation auf diesen Umstand hingewiesen, dass Ausschreibungen durchzuführen sind. Bis heute wird das im Verband mehr oder weniger verhindert und blockiert. Ich werde aber selbstverständlich in meiner Funktion als Gemeindeferent die Gemeinden darauf hinweisen, dass sie ihren gesetzlichen Möglichkeiten und Verpflichtungen nachkommen sollen.

Der dritte Grund sind die hohen spezifischen

Ing. Rohr

Verwaltungskosten. Der Abfallwirtschaftsverband Westkärnten, mit rund 38.000 Einwohnern, ist im Vergleich zu anderen Abfallwirtschaftsverbänden (beispielsweise Klagenfurt oder Villach mit je rund 150.000 Einwohnern) ein sehr kleiner Verband und hat daher, was die Verwaltungskosten betrifft, wesentlich höhere spezifische Kosten, die natürlich im Gebührenhaushalt dann auf den Bürger umzulegen sind. Daher denke ich, dass es seinerzeit (im Jahr 1991), als die Entscheidung gefallen ist, den Müll weiterhin nach Osttirol zu transportieren, falsch war. Es wird ja jetzt in nächster Zeit wieder eine Entscheidung anstehen, wo man fragt: Wie schaut die Zukunft auf der Deponie Lavant aus? Da hoffe ich, dass die Westkärntner Gemeinden klug sein werden! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Frau Abgeordnete Mag. Cernic, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Herr Landesrat, mit welchen konkreten Maßnahmen planen Sie nunmehr, dieser geschilderten Situation entgegen zu wirken?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich werde ganz konkret weitere Investitionen des Abfallwirtschaftsverbandes Westkärnten in Anlagen in Osttirol nicht zulassen! Es kann aus meiner Sicht nur so gehen, dass wenn Osttirol die Deponie mit einer mechanisch-biologischen Behandlungsanlage versieht, die Osttiroler Gemeinden oder der Osttiroler Verband die Investitionskosten tragen und dass – so, wie es auch in Arnoldstein der Fall ist – der Abfallwirtschaftsverband Westkärnten mit den Osttiroler Gemeinden einen Entsorgungsvertrag abschließt, bei dem die spezifischen Kosten für die Tonne verbrachten Hausmülls auf die Deponie bzw. in die Behandlungsanlage in jedem Fall günstiger sein müssen als für die Tonne bei Verbrennung

in der Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein.

Ich werde weiters als Gemeindereferent noch einmal mit größtem Nachdruck auf die Gemeinden darauf hinweisen, dass sie die Müllsamm- lung und den Transport geordnet auszuschreiben haben. Denn de facto ist derzeit ein Monopol gegeben, dass überhaupt nur eine einzige Firma in die Deponie in Lavant einführen darf. Ich denke, da wird man auch die Möglichkeiten des freien Marktes nutzen müssen und die Situation von Ausschreibungen dazu benützen, um die Müllgebühren für die Bürger zu reduzieren.

Ein weiteres und wesentliches Potenzial ist natürlich im Bereich der Kosteneinsparung im organisatorischen Bereich gelegen. Diesbezüglich gibt es schon laufend Gespräche und sind weiterhin Gespräche mit den verantwortlichen Verbandsorganen im Abfallwirtschaftsverband Westkärnten zu führen, damit man die Kosten entsprechend optimiert und reduziert. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfragesteller noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

1992 war keine Lösung möglich. Die Deponie in Spittal, Herr Landesrat, wurde damals gerade saniert. Es war nicht möglich, dort mitzuwirken, als Westkärntner Verband.

Meine Frage ist: Es ist ein Vertrag vom Land genehmigt. Bis 31. Dezember 2008 werden in Osttirol (Lavant) diese zirka 6.000 Tonnen weiter eingebracht, und dann versuchen wir Westkärntner Gemeinden, eben an der Kärntner Lösung teilzunehmen. Wird das möglich sein? Wir haben ja schon einmal darüber diskutiert, dass die Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein auf 80.000 Tonnen Verbrennung jährlich ausgerichtet ist. Jetzt fallen schon in Kärnten – ohne den Westkärntner Verband – zirka 110.000 Tonnen an. Wie werden wir das in den Griff kriegen, Herr Landesrat?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Die fünf Minuten der zur Verfügung stehenden Zeit reichen nicht aus, um diese Thematik wirklich grundlegend zu erörtern. Aber Faktum ist, dass wir bis zum Jahr 2008 in die Deponie nach Lavant fahren. Das macht auch Sinn. Es sind die entsprechenden Verordnungen des Landes in diese Richtung erlassen worden, weil die Westkärntner Gemeinden ja auch, was die Investitionsverpflichtungen betrifft, bis zum Jahr 2008 an Osttirol gebunden sind. Und alles, was über den Zeitpunkt des Jahres 2008 hinaus geht, habe ich schon vorher in der Zusatzanfragenbeantwortung an die Kollegin Cernic erwähnt, wird zu prüfen sein, ob die Osttiroler mit einer mechanisch-biologischen Anlage ihren Müll in Osttirol weiter entsorgen, ob das kostengünstiger ist als die Verbrennung in Arnoldstein. Dann steht dem nichts im Wege, dass die Westkärntner weiterhin nach Osttirol fahren und sonst wird man in Kärnten nach Lösungen suchen müssen und die nächsten Jahre nützen müssen, um das Depovolumen in Kärnten entsprechend auszuschöpfen, aber natürlich auch die Verbrennung in Arnoldstein entsprechend auszulasten und darüber hinaus entsprechende Einsparungspotenziale und Vermeidungspotenziale zu lukrieren, damit wir insgesamt mit der Verbrennungsanlage in Arnoldstein unser Auslangen finden werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 3. Anfrage beantwortet. Ich komme zur Anfrage

4. Ldtgs.Zl. 7/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landesrat Ing. Rohr

Ich ersuche, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Ergebnisse liegen zur geologischen Untersuchung von Thermalwasservorkommen im Raum Lavanttal vor?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Im Rahmen der Studie „Erschließungspotenziale von Tiefengrundwässern in Kärnten“, erstellt von der Forschungsgesellschaft Joanneum Research, wurde auch das Erschließungspotenzial von Thermalwasser im Lavanttal bewertet. Unter der Berücksichtigung der Minimalkriterien für eine Erschließung und Nutzung von Thermalwasser für eine balneologisch-touristische Nutzung in Kur- und Erlebnisbädern mit einem Bedarf von 2 – 3 sec/lit., bei einer Mindesttemperatur von 40 Grad, wurde in dieser Studie das mittlere Lavanttal als Hoffungsgebiet ausgewiesen. Im mittleren Lavanttal ist zufolge der vorhandenen Information, die auf Grund des ehemaligen Kohlebergbaues und der vorwiegend zwischen 1978 und 1985 durchgeführten Untersuchungen hinsichtlich Kohlevorkommen belegt, dass unter Talniveau im Grundgebirge ein breites, bis zu 1.500 Meter tiefes Becken ausgeformt ist. Dieses Becken ist mit wasserdurchlässigen, wasserspeichernden Gesteinen des Jungtertiärs aufgefüllt. Auf Grund dieser Untergrundbedingungen ist von einer ausreichenden Wasserführung in einer Tiefe auszugehen, sodass mit etwa 45 Grad warmem Wasser gerechnet werden könnte.

Im Gegensatz dazu sind im nördlichen bzw. im südlichen Lavanttal die Gebirgswannen kleinräumiger entwickelt und auf Grund tektonischer Beanspruchung die Schichtabfolgen stärker zerlegt bzw. inhomogener ausgestattet. Diese bedingen eine größere Unsicherheit hinsichtlich der Wasserführung in diesen Teilbecken. Unter Berücksichtigung der Kosten für eine Erschließung über eine Tiefenbohrung ist daher das mittlere Lavanttal als geeignetster Bereich für eine Erschließung anzusehen und mit einem geringen Erfolgsrisiko behaftet. Im Zuge der laufenden Detailstudie „Thermalwassererschließung Lavanttal, Karawankenvorland und Villacher Becken“ wird das hydrogeologische Raumbild mittels der vorhandenen Daten aus dem ehemaligen Bergbau und aus den Vorerkundungen betreffend des Kohlevorkommens im Lavanttal verfeinert. Zu diesem Zweck werden die für die Kohlesuche abgeteufte Bohrungen, bzw. die damals durchgeführten seismischen beziehungsweise gravimetrischen Untersuchungen im Hinblick auf ihre hydrogeologische Aussage neu

Ing. Rohr

bearbeitet und bewertet. Die Zwischenergebnisse belegen, dass das Grundgebirge im mittleren Lavanttal eine asymmetrische, gegen Süden abtauchende Mulde ausbildet. Auf Grund dieses Reprozessings der alten geophysikalischen Linie im südlichen Bereich des mittleren Lavanttales ist die Beckentiefe, eben wie gesagt, 1.500 Meter. Das bedeutet, dass im südlichen Teil dieses Beckens auf Grund der geothermischen Tiefenstufe eben diese Wassertemperaturen erreichbar sind.

Wir werden jetzt mit einer reflexionsseismischen Untersuchung noch entsprechende vertiefende Fakten und Daten sammeln und werden, denke ich, bis zum Ende dieses Jahres soweit sein, dass wir einen Bohrstandort für eine Tiefenbohrung im Lavanttal fixiert haben werden. Das entspricht ja auch den von mir angestrebten Zeitplan, dass wir gesagt haben, im Jahre 2004 alle relevanten Untersuchungen durchzuführen, um letztlich den Bohrstandort zu optimieren und das Risiko zu minimieren, damit wir keine Fehlbohrung tun. Und im Jahr 2005, denke ich, wird es dann soweit sein, dass wir mit den Gemeinden des Lavanttales in guter Zusammenarbeit und in Kooperation, in einer Gesellschaft - oder wie immer die Konstruktion ausschauen wird - die Mittel bereitstellen werden müssen, um eben diese Tiefenbohrung auch tatsächlich durchführen zu können. Denn die Kosten einer derartigen Tiefenbohrung bewegen sich in der Größenordnung von 1,5 bis 2 Millionen Euro.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hat die Sozialdemokratische Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Die ÖVP? – auch nicht. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. (*Abg. Mag. Ragger verneint dies.*) Er verzichtet darauf.

Damit ist die 4. Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage

5. Ldtgs.Zl. 8/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landeshauptmann Dr. Haider**

Bitte, die Anfrage! – Der Herr Landeshauptmann ist schon hier. (*Der Landeshauptmann kommt*

gerade in den Plenarsaal und nimmt seinen Platz ein.) Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Seit Jahren gibt es in Wolfsberg intensive Bemühungen, einen Fachhochschulstudiengang „Innovation Engineering“ zu platzieren. Ein Bildungszweig für den seitens der Wirtschaft nach wie vor großes Interesse bekundet wird, für den es hohe Akzeptanz gibt, auch ob seiner Internationalität. Und auch auf Grund oder gerade im Lichte der Gesamtsituation der Fachhochschulen in Österreich gab es in jüngster Zeit einen neuerlichen beherzten Versuch, zumindestens einen 4-semestrigen Studienversuch an der HTL-Wolfsberg zu platzieren, aufbauend auf die dort unterrichteten Schwerpunkte. Der Landtag hat in seiner Sitzung am 5. Februar dieses Jahres diesem Wunsch, dieser Initiative, einstimmig seine Unterstützung bekundet.

Und ich frage Sie daher: Was haben die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Errichtung oder Einrichtung eines Studienversuches „Innovation Engineering“ an der HTL-Wolfsberg ergeben?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Beschluss des Kärntner Landtages vom 5. Februar war Anlass, dass am 19. Februar ein umfangreiches Schreiben an den Bundeskanzler gerichtet wurde, um ihn die Intentionen des Kärntner Landtages und das Konzept für diesen neuen Studiengang mitzuteilen. Nachdem wir in der Zwischenzeit keine schriftliche Antwort erhalten haben, haben wir um einen Termin bei der zuständigen Ministerin angesucht, der in der nächsten Zeit auch stattfinden wird. Hier geht es vor allem darum, dass der ursprüngliche Plan, einen fünften Fachhochschulstandort nach Wolfsberg zu bringen, sich als unrealistisch heraus gestellt hat, weil der Fachhochschulrat zwar in Kärnten war – und wir waren ja alle bei dieser Konferenz in Wolfsberg mit dabei – dort aber deutlich gemacht wurde, dass man sich schwer vorstellen kann, einen fünften Standort in der derzeitigen Situation zu genehmigen, wenngleich wir vom Land wie auch von der Gemeinde Wolfsberg aus

Dr. Haider

und von der Initiative der Lavanttaler Wirtschaft das durchaus begrüßt hätten, weil ja ein Fachhochschulstudiengang für Innovation Engineering in Wolfsberg eine sehr gute Anbindung an den Automobilcluster in der Steiermark hätte, in der ja ohnedies auch grenzüberschreitend dort auch bereits ein Fachkräfteaustausch vorgenommen wird.

Aber, realistischere Weise wird es dort nicht zu Stande kommen, daher ist man jetzt auf die Idee verfallen – und die halte ich durchaus für realistisch – dass wir quasi ein Postcredoitstudium bei der HTL anhängen. Das ist ein Bakkalaureat-Studium von vier Semestern. Das könnte man uns als Studiengang genehmigen, wo HTL-Absolventen erstmals in Österreich die Möglichkeit hätten, nach offiziellen Abschluss ihres Studiums eine Postgraduate-Ausbildung in diesem Fachbereich Innovation Engineering zu machen. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz und wir haben auch unsere Abgeordneten schon gebeten, sich im Parlament für dieses Thema stark zu machen. Und, wie gesagt, in den nächsten 14 Tagen, drei Wochen, wird es sicherlich auch ein Gespräch mit der Frau Bundesminister zu diesem Thema geben, damit man uns das genehmigt.

Es wird darüber hinaus ja ohnedies bereits eine Art "Summer-Schooling" in diesem Sommer in Wolfsberg mit der Universität Halmstat von Schweden durchgeführt werden, um zu zeigen, dass die Kooperation mit einer europäischen Universität, die im technologischen Bereich angesiedelt ist, funktioniert. Und das ist vielleicht auch ein bisschen eine Unterstützung für die Bemühungen und für die Bewilligung in diesem Bereich. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Eine Zusatzfrage die nicht kausal mit der Anfrage im Zusammenhang

steht, aber schon mit den Fachhochschulen zu tun hat. Sehen Sie die derzeitigen Fachhochschulstandorte vor allem im Lichte der Ankündigungen seitens der Bundesregierung sich hier finanziell massiv zurück zu nehmen, aus der Finanzierung der Fachhochschulen, für finanziell gesichert?

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Bevor ich dem Landeshauptmann das Wort erteile, möchte ich dem Landtag um Zustimmung bitten, dass ich diese über die Geschäftsordnung hinaus gehende Zusatzfrage zulasse – was ich somit tue. Und ich darf noch einmal bitten, bei den schriftlichen Anfragen nur immer eine Anfrage zu stellen und nicht eine zweite oder dritte hinzu zu fügen. Herr Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Aus der Sicht Kärntens sind die Standorte gesichert. Auch die Vereinbarungen mit dem Bund bestehen. Daher besteht also in dieser Richtung keine Gefahr. Wir haben eher ein Problem mit der Auslastung der Standorte, denn es hat sich heraus gestellt, dass die Fachhochschullehrgänge, einzelne Lehrgänge, nicht einen so großen Zustrom haben wie erwartet. Es betrifft auch besonders interessante Bereiche wie etwa Fachhochschullehrgänge für Elektronik in Villach, weil sich heraus gestellt hat, dass die Wirtschaft ein großes Interesse an den HTL-Absolventen hat, die sich dann etwa - sowie wir es vorhin erörtert haben – im Rahmen eines Postgraduate-Studiums neben ihrer beruflichen Tätigkeit weiterbilden, aber nicht eine eigene zusätzliche Fachhochschulausbildung machen, weil das die Firmen gar nicht verlangen, sondern sofort den Einsatz des HTL-Ingenieurs haben wollen. Daher gibt's da eher Auslastungsprobleme, während im Bereich der Sozialberufe eine steigende Nachfrage gegeben ist. Also das, was am meisten in Diskussion war – Feldkirchen – ist am besten ausgelastet, würde ich einmal sagen.

Wo wir sicherlich auch noch eine massive Steigerung bekommen werden, ist für den Fachhochschullehrgang-Bereich der Telematik, weil wir mit der Gründung eines Forschungszentrums

Dr. Haider

durch die ASFINAG im Rahmen des Lakeside-Parks, wo wir mit 10 Millionen Euro ein Forschungszentrum etablieren, das sich mit der Verkehrstelematik insbesondere auseinandersetzt. Das ist also doch ein Bereich, der erst in den Anfängen steht, auch von der Entwicklungsarbeit. Und hier kann für uns noch sehr viel gemacht werden und da brauchen wir auch sehr viele gute Fachkräfte. Das ist sicherlich ein guter Ansatz, um auch Studierende noch für diesen Bereich zu gewinnen.

Im Bereich der medizinischen Informationstechnik setzen wir darauf, dass mit dem Ausbau oder mit dem Neubau des LKH Klagenfurt, auch wirtschaftliche Effekte dahin verbunden sind, dass wir hier Betriebe, die im Bereich der Informationstechnologie (der Patientenverwaltung, der Dokumentation, des Abrechnungswesens usw.) Aufträge bekommen, auch Forschungsarbeiten machen und damit auf Fachkräfte der Fachhochschule zurückgreifen, die hier ausgebildet werden, sodass diese Bereiche nicht so schlecht aufgestellt sind. Problemkind ist sicherlich momentan Elektronik, wobei wir uns da selbst ein bisschen Konkurrenz gemacht haben, indem wir in Villach auch eine HTL für Informationstechnologie ins Leben gerufen haben. Aber, das war auch der dringende Wunsch – muss ich ehrlich sagen – der Wirtschaft in diesem Raum und es wird auch sehr stark angenommen.

Unsere Aufgabe wird es also sein, in absehbarer Zeit im Rahmen unserer Fachhochschulorganisation in Kärnten, eine ernsthafte Diskussion über Strukturreformen zu führen und zu sagen: Was wollen wir wo wirklich machen oder wie können wir auch einzelne Studienrichtungen so adaptieren, dass die Nachfrage besser wird, damit wir da eine entsprechende Bestückung und den Besuch von Studenten sicherstellen, weil das auch die Finanzierung durch den Bund bedeutet, der ja pro Student finanziert, während wir quasi Grundkosten von vornherein selbst zuhalten müssen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 5. Anfrage erledigt. – Ich komme zur 6. Anfrage:

**6. Ldtgs.Zl. 9/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Ing. Hueter an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich hätte an den Herrn Landesrat Dörfler die Anfrage zu stellen, und zwar zur Billig-Diesel-Aktion, die schon einige Wochen läuft und eben hier wird der Aufschlag nicht einbehalten, auf Grund der Einsparungsmaßnahmen bezüglich Personal und natürlich auch, dass die Zapfsäulen bereits in den Straßenmeistereien und den Magistraten sind.

Die Anfrage lautet: Welche konkreten Umsetzungsmaßnahmen für die Billig-Diesel-Aktion des Landes Kärnten sind in der nächsten Zeit geplant?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich glaube, es war grundsätzlich richtig, zu einem Zeitpunkt, wo die Mineralölwirtschaft unerträgliche Preise einfordert, da gegenzusteuern. Die Motivation und der Auftrag des Landeshauptmannes waren eben, ein Regulativ einzuführen. Das haben wir am 16. 4. 2004 in der Straßenmeisterei Klagenfurt eröffnet. Ich kann Ihnen berichten, dass wir zirka 10.000 Liter Diesel pro Tag verkaufen, zum Einstandspreis. Darauf aufbauend haben wir die Standorte Spittal und Hermagor ausgewählt. Es kommt noch ein weiterer dazu. Der Bürgermeister von Greifenburg, Franz Mandl, hat urgiert, dass es auch für das Obere Drautal dringend eine Billig-Diesel-Aktion geben soll, weil gerade im Bezirk Spittal die Dieselpreise am höchsten sind. Das heißt, wir werden auch Ende Mai, Anfang Juni in Greifenburg dreimal in der Woche von 9 bis 12 Uhr (das wird Montag, Mittwoch und Samstag sein) den Drautalern, den Pendlern und jenen, die eben Dieselfahrzeuge benutzen, diese Aktion anbieten.

Wir merken jetzt auch schon Interesse von Diskonttankstellen, die auch versuchen wollen, sich in dieses Konzept einzubringen. Der Landeshauptmann hat ja bei seiner Libyen-Reise auch Kontakte geknüpft zu Sam-Oil. Das ist eine Erd-

Dörfler

ölproduzent aus Libyen, der in Italien einen Sitz hat, dass es möglich sein könnte, auch Kärntner Diskonttankstellen quasi von der Geiselhaft der Monopolisten zu befreien und tatsächlich auch an Preisregulativen nicht nur, wie derzeit, für den Endverbraucher einzuführen, sondern auch für Tankstellen, die Interesse haben, Diskontpreise anzubieten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Ing. Scheuch, ich bitte, diese zu stellen!

Dritter Präsident **Ing. Scheuch** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoch geschätzter Herr Landesrat! Die Oberkärntner Bevölkerung ist sehr froh über diese Maßnahme. Ja, man könnte geradezu sagen, sie ist erleichtert über diese Maßnahme. Nun ist es andererseits so, dass die Benzinpreislobby Tartarengerüchte hier verbreitet, dass diese Aktion sozusagen Tankstellenbetreiber in ihrem Kerngeschäft nachhaltig schädige. Was halten Sie von diesen Tartarengerüchten, Herr Landesrat?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Tatsächlich hat es noch keine Tankstelle gegeben, die durch die Diesel-Aktion in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen ist. Ich halte fest, dass es erstens begrenzte Öffnungszeiten gibt; zweitens gerade dort die Tankstellen geöffnet sind, wo tatsächlich bisher kein Preisregulativ vorhanden war. Drittens sind auch Diskonttankstellen an uns herangetreten, in Kooperation mit dem Land Kärnten einfach bessere Treibstoffpreise zu erzielen. Das heißt, im Grunde wird es auch für die, die nicht die Monopolisten vertreten, gut sein. Ich will keine Namen nennen, aber sie sind ja ausreichend bekannt. Es gibt in der Zwischenzeit übrigens auch eine Aktion, wo gegen zwei Tankstellenketten sozusagen eine Aktion gestartet wurde, dass man dort nicht tanken soll, weil die Preise überhöht seien. Derzeit ist es so, dass die am Diskont interessierten

Tankstellen in Kärnten an uns herantreten, um gemeinsam in einem Beschaffungspool – Herr Landeshauptmann, ich hoffe, das wird über Sam-Oil möglich sein – auch diesen Diskontern diese Preise anzubieten. In Wahrheit schützen wir dann auch die, die in Kärnten faire Preise einsetzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Schober, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist einmal alles richtig, was hier unternommen wird, um die Benzin- und die Spritpreise ganz generell einigermaßen erträglich zu halten. Wir wissen auch, dass es ein sehr großes Stadt-Land-Gefälle gibt, was vor allem Kärnten sehr hart trifft, weil es hier die Landbevölkerung trifft. Die Mineralölwirtschaft verwendet immer wieder das Argument, dass also in den Tälern der Preis deshalb höher ist, weil es mit dem Zustellen und mit der Versorgung ganz generell zusammenhängt. Ich denke, dass hier Solidarität landesweit einzufordern ist!

Ich frage Sie, Herr Landesrat: Was gedenken Sie hier zu unternehmen, um dieses Argument der Mineralölwirtschaft zu unterlaufen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Tatsache ist schon, dass wir im Bezirk Spittal zwei gleichwertige Tankstellen anbieten, dass aber, wie gesagt, was mich ganz besonders freut, jetzt viele private Betreiber oder unabhängige Betreiber, die an diesen Diskontpreisen interessiert sind, mit uns kooperieren wollen. Das ist das eine. Das zweite ist aber auch, dass wir jetzt merken, dass es eine gewisse Nervosität am Markt gibt und dass ich davon ausgehe, dass durch diese Aktivitäten einfach eine Preissensibilität seitens des Kärntner Autofahrers, aber vor allem auch des Anbieters vorhanden ist.

Dörfler

Es kann nicht sein, dass Regionen, die ohnedies durch lange Fahrwege zum Arbeitsplatz Kostennachteile haben, zusätzlich noch verschärft erhöhte Spritpreise zur Kenntnis nehmen müssen. Gerade das war ja auch der Grund, warum Bürgermeister Mandl aus Greifenburg vehement quasi auf die Dieselpreis-Barrikaden gestiegen ist, damit es auch in Greifenburg für das Obere Drautal diese Aktion gibt. Das werden wir jetzt auch beobachten, wie sich das dort auswirkt, auch wie es sich in Hermagor und in Spittal auswirken wird. Ich denke, dass dann auch ein Netz an interessierten Diskonttankstellen vorhanden sein wird, dass wir tatsächlich dann flächendeckend über Kärnten ein wirkliches Preisregulativ gegen die Unmäßigkeiten der großen Anbieter herstellen können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 6. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 7. Anfrage. *(Abg. Ing. Hueter: Zusatzfrage.)* Ach so! Entschuldigung! Zusatzfrage. Da war ich jetzt etwas zu schnell. Selbstverständlich hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Landesrat, eine kleine Zusatzfrage, und zwar ist in diese Überlegung – Sie haben das jetzt zum Teil schon beantwortet – auch die Stärkung des ländlichen Raumes gerade eingeplant, und hat es Gespräche mit den Tankstellenbetreibern vor Ort gegeben, ob es nicht doch bessere oder zumindest gleich günstige Lösungen gibt, um hier nicht im ländlichen Bereich Arbeitsplätze zu gefährden?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Das habe ich, glaube ich, ausreichend beantwortet, was die Intention dieser Aktion ist und vor allem, wie die Reaktionen der Diskonttankstellen sind. Ich weiß schon, was du meinst. Du meinst eine Tankstelle, weil du ja selbst in der Raiffeisenorganisation mit diesem Problem beschäftigt bist. Wir sind keine Konkurrenz – im

Gegenteil. Eine starke Organisation wie Raiffeisen, die als Idee hat, ihren Kunden, speziell der Bevölkerung und den Bauern im ländlichen Raum, faire Preise anzubieten, muss selbst auch ein Regulativ sein. Selbstverständlich laden wir auch die Raiffeisenorganisation dazu ein, auch ihre Tankstellen über unser geplantes Beschaffungsmodell zu beliefern und damit für attraktive Preise zu sorgen! Wir sind kein Konkurrent – wir sind ein Regulativ. *(3. Präs. Ing. Scheuch: Dann müssen auch sie das weitergeben!)* Ich glaube, es ist Aufgabe, unsere Strukturen im Interesse der Kärntner Bevölkerung, vor allem im ländlichen Bereich zu unterstützen. Ich gehe davon aus, dass es durchaus auch möglich sein muss, eine Kooperation zum Beispiel mit Raiffeisen – auch im Interesse der Bevölkerung! – anzustreben. Aber da muss Raiffeisen auf uns zukommen. *(Abg. Ing. Hueter: Danke! – Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

So, jetzt haben wir alle Anfragenrechte zur 6. Anfrage erfüllt. – Ich komme zur 7. Anfrage:

7. Ldtgs.Zl. 10/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich habe im „Regierungsübereinkommen“ einen allgemeinen Hinweis auf Überlegungen betreffend eine neue Schulverwaltung gefunden.

Ich darf daher die konkrete Frage stellen: Ist die Zusammenlegung von Landesschulrat mit der Schulabteilung – Abteilung 6 – beim Amt der Kärntner Landesregierung geplant?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Meine Damen und Herren! Wir haben die entsprechenden Vorarbeiten durch die Verfassungsabteilung abgeschlossen, um auszuloten, in welchem Bereich wir selbst handlungsfähig sind, um eine Zusammenführung von Paralleleinrichtungen und Behörden vorzunehmen. Denn wir alle wissen, dass im Schulsystem – wie es Prof. Rascher im Rahmen der Verwaltungsreform schon einmal formuliert hat – das größte Durcheinander herrscht, weil Kompetenzen überschneidend gegeben sind. Wir hoffen daher, dass nicht nur das, was wir vom Land aus selbst machen können, sondern dass vor allem die Grundlagen geändert werden. Dazu sollte eigentlich der „Österreich-Konvent“ beitragen, dass endlich die Schulverwaltung aus der Geiselhaft der Verfassungsbestimmung herausgelöst wird, denn wir haben ja eine explizite Verfassungsbestimmung in der Österreichischen Bundesverfassung, die den Schulproporz festlegt und uns daher auch bestimmte Schulorgane vorgibt. Es wäre viel einfacher zu sagen, wir übernehmen das in eine Institution – ob das jetzt eine Schulabteilung des Landes ist oder ob das „Landesschulrat“ heißt –, jedenfalls eine Institution erledigt alles, sowohl organisatorisch wie auch die pädagogische Aufgabe.

Derzeit ist es so, dass zwar die Schulinspektoren, also die Schulaufsicht in den Bezirken und auf Landesebene, die pädagogische Leitung der Schulen hat, dass die organisatorischen Entscheidungen (Personaleinsatz usw.) wiederum von der Schulabteilung besorgt werden. Der Schulinspektor ist ein Organ des Bundes. Der Organisationsreferent ist der Schulreferent bzw. der Personalreferent im Lande Kärnten für die Landeslehrer und ihren Einsatz.

Das ist natürlich eine Vorgangsweise, die nicht sehr ökonomisch und nicht sehr gescheit ist. Wenn das Modell gesichert werden soll, von dem die Frau Bundesminister Gehrler schon vor langer Zeit gesprochen hat, dass wir so etwas wie regionale Schulmanager bekommen sollen und die Bezirksschulinspektoren dieses Schulmanagement machen, dann sollten und dann müssten eigentlich die organisatorische und pädagogische Leitung in einer Hand zusammengeführt werden. Das setzt aber voraus, dass wir im Rahmen des „Österreich-Konvents“ eine Verfas-

sungsänderung bekommen, um hier selbstgestaltend tätig sein zu dürfen – sonst können wir nur in einem bescheidenen Rahmen eine Zusammenführung oder eine Beseitigung von Doppelgleisigkeiten vornehmen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der SPÖ-Fraktion? – Ebenfalls nicht. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann, planen Sie kurzfristig eine personelle Veränderung an der Spitze des Landesschulrates? *(Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion)*

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

In jeder neuen Legislaturperiode ist auch die Frage zu stellen, wer den Landesschulrat führen soll. Der Landeshauptmann ist sozusagen per Gesetz Präsident des Landesschulrates. Es wird von mir zu entscheiden sein, ob ich das selbst mache oder einen Amtsführenden Präsidenten beantrage. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, Hohes Haus, ist die 7. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 8. Anfrage:

**8. Ldtgs.Zl. 11/M/29:
Anfrage der Abgeordneten Warmuth
an Zweiten Landeshauptmann-Stell-
vertreter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Anfrage an Herrn Dr. Ambrozy lautet: Welche Maßnahmen müssen seitens der Landespolitik und der Krankenhäuser getroffen werden, um längerfristig eine optimale Versorgungsqualität im Gesundheitsbereich auch in den Regionalspitälern zu gewährleisten?

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Von Seiten der Landespolitik – und das ist auch im „Arbeitsübereinkommen“ klar und deutlich festgeschrieben – ist festgelegt worden, dass die Sicherung ... (*Hinweis aus der Abgeordnetenbank, das die Anrede nicht auf die Anfragerstellerin bezogen war.*) Entschuldigung! Ich bin gerade aufmerksam gemacht worden, dass ich einen „gravierenden Fehler“ gemacht habe. (*Lärm und Heiterkeit im Hause*) Das kommt davon, wenn man sich so konzentriert, dass die Antwort ... (*Zwischenruf des Abg. Lutschounig*) Nein, wirklich nicht. Das kann ich bestätigen.

Also: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Seitens der Landespolitik ist deutlich festgelegt worden, und das ist auch im Arbeitsübereinkommen festgeschrieben, dass die Standorte unserer Krankenhäuser in Kärnten garantiert sind und damit auch die regionalpolitische Wirkung der Krankenhäuser, insbesondere was die Arbeitsplätze betrifft, sichergestellt ist.

Das ist die Vorgabe, die natürlich auch meinen Intentionen im vollen Umfange entspricht. Es wird daher notwendig sein, um dieses Ziel zu erreichen, dass wir einige flankierende Maßnahmen setzen, um diese Dichte der Krankenhäuserbesorgung auch finanzierbar zu erhalten. Die wichtigste Maßnahme, die wir bereits in den nächsten Wochen setzen werden, ist, dass in Kärnten eine Leistungsangebotsplanung oder –entwicklung implementiert wird, die die Leistung, die einzelne Krankenhäuser im Rahmen ihres Spektrums zu erbringen haben, festschreiben und auch Mechanismen installiert werden, die Sanktionen möglich machen, wenn diese Leistungen nicht eingehalten werden.

Nur, um ein Beispiel zu sagen. Wenn ein bestimmtes Versorgungsniveau bei einer Krankenhausanstalt festgeschrieben ist und darüber hinaus, über dieses Versorgungsniveau, dauerhaft Leistungen erbracht werden, die woanders erbracht werden sollen, dann wird es zukünftig auch im Sinne der letzten Novelle des Krankenhausgesetzes keine Erlöse für die Krankenhäuser mehr geben. Das ist deshalb wichtig, weil wir ansonsten die Krankenhäuser nicht mehr finanzierbar halten können, denn der Markt, der medizinische Markt, ist ein angebotsinduzierter Markt. Das heißt, dass dann Leistungen angeboten werden die nachgefragt aber nicht geplant erbracht werden, sondern dort, wo zufällig entsprechende Personen sitzen, die das Ganze auch anbieten. Daher werde ich schon in der Regierungsklausur, die in der nächsten Woche stattfinden wird, einen ersten Vorschlag einbringen, wie die Leistungsangebotsplanung in Kärnten aussehen soll und die wollen wir dann, so rasch als möglich, im Rahmen des Kollegiums der Kärntner Landesregierung beschließen und implementieren, damit wir ab dem 1. Jänner 2005 auch eine klare Grundlage haben.

Der zweite Bereich, der wichtig ist zur Qualitätssicherung ist, dass wir unsere Qualitätssicherungsmaßnahmen in den Krankenhäusern verstärken. Es ist so, dass ja unsere öffentlichen Krankenhäuser alle am Qualitätsforum teilnehmen, dass es eine laufende Qualitätsberichterstattung gibt und dass Kärnten hier – und das kann ich wirklich mit Stolz sagen – österreichweit Vorbild ist. Wir haben durch unsere Qualitätssicherungsmaßnahmen entsprechend die Qualität in unseren Krankenhäusern auf höchstem Niveau. Das Dritte ist, dass wir eine mindestens fünfjährige Budgetplanung für die Krankenhäuser brauchen, damit wir wissen, in welche Richtung sich die finanzielle Situation auch für das Land, aber auch berechenbar für die Krankenhäuser entwickelt. Das werden wir parallel zur Budgetplanung in Kärnten, die ja ebenfalls pro Regierungsprogramm festgelegt ist, verfolgen. Damit wird es einerseits Finanzsicherheit für das Land, aber auch Sicherheit, finanzielle Sicherheit für die Spitalstandorte geben.

Zum Vierten ist zu sagen, dass es parallel zur Krankenhauspolitik natürlich auch zu einer Modernisierung der Sozialpolitik kommen muss. Ich darf nur auf die festgeschriebene Kärntner Lebensversicherung hinweisen (*Vors.: Sie haben*

Dr. Ambrozy

noch eine halbe Minute Redezeit, bitte!) und das alles auch im Zusammenhang mit den extramuralen Versorgungen, insbesondere der älteren Generation. Und das Fünfte ist der Modernisierungsschub, den wir in den Krankenanstalten vorhaben. Wir haben ja das kühnste Projekt in Umsetzung. Nicht nur das LKH-Neu, sondern auch etwa die Erweiterung des Krankenhauses Spittal/Drau, wo ich davon ausgehe, dass wir im Herbst den Spatenstich vornehmen werden können; den Bau der Geriatrie und der Lymphabteilung am Landeskrankenhaus Wolfsberg, die Entwicklung am Landeskrankenhaus Villach (*Vors.: Die Redezeit ist abgelaufen!*) und auch das Rehab-Zentrum-Süd, das wir ebenfalls umsetzen wollen und natürlich das LKH-Neu, das ja - sichtbar für alle - schon in Umsetzung ist. Und alles zusammen wird sicherstellen, dass wir ein modernes (*Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bitte!*) qualitätsorientiertes und finanzierbares Krankenanstaltenwesen in Kärnten haben werden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht. Dann hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Gesundheitsreferent! Werden durch die Umstrukturierungen auch Arbeitsplätze in den Bezirkskrankenhäusern St. Veit und Friesach reduziert werden?

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Nachdem sich derzeit die Bezirkskrankenhäuser St. Veit und Friesach im Rahmen ihres Leistungsangebotsspektrums bewegen und sowie die Planung jetzt aussieht, auch zukünftig bewegen werden, wird es zu keinem Verlust von Arbeitsplätzen kommen. Wenn allerdings auf Grund der

Planung und auf Grund der Abrechnung herauskommt, dass da und dort über das Ziel geschossen wird, kann das in dem einen oder anderen Fall natürlich auch zu personellen Konsequenzen führen. Ich möchte aber in dem Zusammenhang auf Eines besonders hinweisen. Es ist nicht die Qualitätsversorgung der Regionen hier ein Parameter, sondern wir werden vor allen Dingen darauf achten müssen, dass die modernen Instrumente einer betriebswirtschaftlichen Führung der Krankenanstalten auch in den Bezirkskrankenhäusern Einzug halten. Wenn ich daran denke, dass wir etwa in St. Veit/Glan oder auch in Friesach gewaltige Überziehungen des Budgets haben, die wir nachfinanzieren müssen, dann ist ein Teil dessen auch auf – sage ich einmal – Managementfehler zurückzuführen, die natürlich zu korrigieren sind. Denn, es wird für den Hauptfinanzier – und das ist das Land Kärnten – zukünftig wichtig sein, dass auch auf diese Dinge Einfluss genommen wird, damit wir nicht auf der einen Seite ein Ausufer der Abgänge haben und auf der anderen Seite massive Organisations- und Managementmaßnahmen in den Krankenanstalten treffen müßten, damit wir das System finanzierbar erhalten. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Fragestunde beendet. Ich habe eine ganze Reihe von noch nicht beantworteten Anfragen hier. Ich frage den Abgeordneten Tauschitz, ob seine Anfrage in der nächsten Sitzung aufgerufen werden soll oder schriftlich beantwortet? (*Abg. Tauschitz: Mündlich nächste Sitzung, bitte!*) Mündlich in der nächsten Sitzung! Die Anfrage 10 der Frau Abgeordneten Mag. Trannacher wird, weil sie nicht anwesend ist, in der nächsten Sitzung aufgerufen. Nummer 11 – die Anfrage ist vom Abgeordneten Klubobmann Dr. Strutz an Frau Landesrätin Schaunig. (*Abg. Dr. Strutz: Bitte mündlich!*) Mündlich! Die Anfrage 12 des Dritten Präsidenten Ing. Scheuch an Landesrat Dr. Martinz. (*Der aufgerufene Abgeordnete befindet sich im Zwiegespräch mit dem Landeshauptmann.*) Herr Abgeordneter Scheuch!? – (*Abg. Ing. Scheuch: Mündlich in der nächsten Sitzung!*) Bitte! 13 Anfrage des Abgeordneten Gunzer an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg.*

Dipl.-Ing. Freunschlag

Gunzer: Bitte mündlich!) Mündlich! Die Anfrage 14 des Abgeordneten Trettenbrein an Landesrat Dr. Martinz? (*Abg. Trettenbrein: Bitte mündlich!*) Mündlich! Die Anfrage 15 des Abgeordneten Lobnig an Landesrat Dr. Martinz? – Er ist nicht hier, wird schriftlich beantwortet. (*Es erfolgt ein Einwand des Schriftführers Mag. Weiß.*) Mündlich, wo ist er? Ja, aber dann muss irgendwer mir eine Antwort geben. (*Es erfolgt eine kurze klärende Unterredung mit dem Schriftführer Direktor Mag. Weiß.*) Mündlich, gut! 16 – Anfrage des Abgeordneten Willegger an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg. Willegger: Bitte mündlich!*) 17 – Anfrage der Abgeordneten Mag. Knicek an Landesrat

Dr. Martinz? (*Abg. Mag. Knicek: Bitte mündlich!*) Mündlich! 18 – Anfrage des Abgeordneten Ing. Haas an Landesrat Dr. Martinz? (*Abg. Ing. Haas: Bitte, mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung! 19. Anfrage des Abgeordneten Gritsch an Landesrat Dörfler? (*Abg. Gritsch: Mündlich bitte!*) Mündlich! Und 20 – Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung! Es wird so vorgegangen.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des FPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: „Modernisierung der Verwaltung in Kärnten“. Ich erteile dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort. Es ist dies Klubobmann Dr. Strutz. Ich möchte im Besonderen hinweisen auf die generelle Redezeitbeschränkung von fünf Minuten und bitte, ihn zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Hoher Landtag! Die erste Aktuelle Stunde in dieser Legislaturperiode ist dem Thema „Modernisierung der Verwaltung in Kärnten“ gewidmet. Ich bin zutiefst überzeugt, dass ein Modernisierungsschritt am Beginn einer Legislaturperiode zu stehen hat, dort wo Reformen auch Platz greifen sollten. Entgegen allen Unkenrufen und auch den vereinzelten Wünschen von manchen Medien nach einer Krise in der Koalition, hat aus meiner Sicht die blau-rote Arbeitsgemeinschaft in den ersten Wochen die Arbeit voll aufgenommen und ist sehr effizient unterwegs. Wichtige Punkte des Arbeitsprogrammes werden Punkt für Punkt aufgearbeitet und umgesetzt. Dazu gehört beispielsweise das neue Wohnbauförderungsgesetz; dazu gehört die Tatsache, dass wir uns über ein Budget für das Jahr 2004 und die weitere Vorgehensweise geeinigt haben und der Finanzreferent heute auch die Schwerpunkte für dieses

Budget 2004 erläutern wird. Und dazu zählt auch der Beschluss in der Regierung auf Gestaltung eines neuen Verwaltungszentrums. Und dieser Beschluss ist umso wichtiger, da damit auch die Chance für eine echte Verwaltungskonzentration und eine Verwaltungsreform, sowie wir es im Arbeitsprogramm festgeschrieben haben, besteht und wir damit auch eine neue Form der Verwaltung in Kärnten implementieren können, eine Weiterentwicklung des Bürgerservice und eine Reihe von Vorteilen damit auch verbunden sind.

Die Verwaltungskonzentration bewirkt, dass fachlich zusammenhängende Bereiche auch räumlich nebeneinander liegen werden. Dass wir zukünftig Doppelgleisigkeiten abstellen können, dass wir Synergien nutzen und sowie auch im Speziellen, die Fortsetzungen der Bemühungen zur Beschleunigung von einzelnen Verfahren damit erleichtert werden, wie auch personelle und finanzielle Verantwortung für die einzelnen Bereiche der Landesverwaltung zukünftig effizienter gestaltet werden können. Ich glaube, dass der eingeschlagene Weg der Verwaltungskonzentration bzw. auch die Errichtung des Verwaltungszentrums für Kärnten eine Reihe von Vorteilen mit sich bringt, die wir nutzen sollen.

Zum Einen haben wir damit eine Reihe von finanziellen Einsparungen für das Land Kärnten erwirkt. Wir haben allein 9,6 Millionen Euro an Barwerteinsparungen für das Land Kärnten durch Vermeidung von hohen Sanierungskosten an den diversen Verwaltungsgebäuden, die ja

Dr. Strutz

quer über die Landeshauptstadt verteilt sind, vorzuweisen. 9,6 Millionen Euro, die wir dem Kärntner Steuerzahler damit ersparen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Wir unterstützen damit die Verwaltungsreform. Die Bemühungen der Kärntner Landesregierung in Richtung Verwaltungsinnovation werden durch diese Konzentration im wesentlichen erleichtert. Kärnten hat so seinen Spitzenplatz in der Verwaltungsinnovation im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht nur gesichert, sondern wird eben zukünftig auch ausbauen. Wir haben die Chance, ein zeitgemäßes Bürgerservice nicht nur zu etablieren, sondern durch die Konzentrationsmöglichkeiten weiter zu entwickeln. Die Bürger werden in Zukunft nicht mehr mit 30 Standorten konfrontiert sein, sondern wir werden eine zentrale Anlaufstelle im Umfeld des Arnulfplatzes etablieren. *(Vors.: Sie haben noch eine Minute Redezeit!)*

Es gibt aber auch Vorteile für die Dienstnehmer durch eine durchgreifende Verbesserung der Arbeitsplatzqualität. Wir haben die Chance auf eine zeitgemäße Immobilienstrategie, wie sie bereits in anderen Bundesländern genutzt worden sind. Und das Wichtigste: Wir schaffen damit Arbeitsplätze! Neben dem Neubau des LKH Klagenfurt wird dieser Neubau des Verwaltungszentrums am Arnulfplatz rund 400 Personen, oder 400 Personen Arbeitsjahre, Beschäftigung für die Baubranche und für das Baunebengewerbe sicherstellen.

Wir haben auch die Möglichkeit einer Vermögensbildung. Durch hohe Mietenzahlungen, die vermieden werden können, kann das Vermögen des Landes, der Landes-Immobilien-Gesellschaft, vorangetrieben werden. Und wir werden, letzter Punkt – und das sage ich hier bewusst auch als Abgeordneter der Stadt Klagenfurt – hier einen Beitrag zur Belebung der Innenstadt leisten können, durch eine Stärkung der derzeit wirtschaftlichen und infrastrukturell sehr schwachen Süd-Ost-Achse *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!)* in Teilen der Landeshauptstadt. Das Verwaltungs- und Veranstaltungszentrum steht ja mit in Planung und deshalb, glaube ich, dass dieser Schritt, der in der Regierung beschlossen wurde ein richtiger ist, um die Verwaltung in diesem Bereich in Kärnten am Beginn der Legislaturperiode voran zutreiben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Markut das Wort.)*

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Abgeordnetenbank! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Modernisierung der Verwaltung in Kärnten ist ein laufender Prozess und wird uns wahrscheinlich die gesamte nächste Legislaturperiode begleiten und wird auch insofern erforderlich sein, weil im Rahmen der modernen Verwaltung ganz eindeutig der Mensch und damit unser Landesbürger im Mittelpunkt stehen muss.

Und so sehen wir wirkliche Notwendigkeiten zur Veränderung der Verwaltung in Kärnten auch in diesem Zusammenhang, sodass im Interesse der Menschen die Bedingungen für eine effektive Verwaltung zu schaffen sind. Die Gemeinden, die Gemeindeverbände, Regionalverbände in den Regionen sind als die unterste, aber gleichzeitig die demokratische Ebene stärker zu positionieren und in ihrer Bedeutung aufzuwerten. Denn wo wohnen unsere Bürger? – Unsere Landesbürger wohnen in unseren 132 Gemeinden Kärntens. Die Gemeinden erfüllen diese Aufgaben und den Anspruch, Dienstleistungen bürgernah anzubieten und zu erledigen, bestens: nämlich vor Ort, wo die Bürger zu Hause sind.

So kann eine Verwaltungsreform bzw. eine Modernisierung der Verwaltung in Kärnten wohl nur als permanenter Prozess zur Optimierung öffentlicher Dienstleistungen gesehen werden. Wir alle sind dazu aufgerufen, dies auch in dieser Form im Rahmen der Sanierung unseres Staatshaushaltes zu sehen.

Die Errichtung neuer freiwilliger Verbände zur Erfüllung der unterschiedlichsten Aufgaben, je nach Größe der Gemeinden, ist durch eine bessere gesetzliche Voraussetzung und Förderung zu forcieren.

Eine Verwaltungsreform insgesamt bringt auch eine neue Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Land mit sich, und sie sind auch deshalb in der Lage, eine Reihe von Agenden zu übernehmen, die derzeit auf Bezirks- bzw. Landesebene angesiedelt sind. Wir müssen aber auch unsere Bediensteten in diesem Zusammenhang mitbetrachten und sehen, dass hier besondere Anforderungen auf sie zukommen und dass die Arbeitsbedingungen ständig qualitativ verbessert werden müssen. Wir müssen im Rahmen einer Modernisierung der Verwaltung darüber nach-

Markut

denken, ob es sinnvoll ist, wenn zum Beispiel vier Lavanttaler Bedienstete täglich vom Lavanttal nach Klagenfurt fahren, die in der Abteilung 9 beschäftigt sind, und dann womöglich Akte von Lavanttaler Bürgerinnen und Bürgern behandeln. Hier wäre auch in diesem Zusammenhang anzudenken, ob eine Ausgliederung in diesem Bereich – hinaus zu den Bürgern, um bessere Ansprechpartner vor Ort zu haben – sinnvoll ist!

Aber auch der wirtschaftliche Bereich einer Modernisierung der Verwaltung muss mitbetrachtet werden. So, glaube ich, ist unsere Wirtschaft in Kärnten auch insgesamt davon betroffen, denn für jeden Betrieb, der in irgendeiner Form ein Bauverfahren um Bewilligung einreicht, seien es Betriebsansiedlungen, sind derzeit mehrere Verfahren auf verschiedensten Ebenen erforderlich. Die Bauverfahren sind auf Gemeindeebene, Naturschutz, Gewerbe, Wasserrecht (derzeit beim Land angesiedelt) notwendig. Im schlimmsten Fall gibt es vier Verfahren und vier Verhandlungen für einen ansuchenden Betrieb. Hier ist eine Optimierung des Verfahrens nach dem Beispiel des Magistrates Villach durchaus anzudenken.

Auch die Frage gesetzlicher Überregulierungen in Österreich insgesamt – wir haben nämlich fünf Verwaltungsebenen, von der EU über den Bund zum Land, den Bezirkshauptmannschaften zu den Gemeinden hin – wäre hier mitzuüberdenken. Es ist auch für die Zukunft unserer jungen Bürger wichtig, wie etwa auf dem Sektor des Lehrstellenmarktes, wo auf diesem Sektor einiges in diesem Zusammenhang zu tun ist.

Wir Kärntner Sozialdemokraten bekennen uns dazu, dass die Verwaltung in Kärnten konzentriert werden soll, dass Arbeitsabläufe besser gestaltet werden sollen, dass im Sinne von E-Government Informationen über die Verwaltung hin zum Bürger für Verwaltungsorganisationen, Verfahrensabläufe und Arbeitsprozesse mittels elektronischer Werkzeuge hier besser an den Bürger herangebracht werden könnten. In diesem Zusammenhang, glaube ich, sollte es mehrere Nutzen geben: einerseits eine klare Zielsetzung der Politik, die Verwaltung zu vereinfachen, transparenter, durchschaubarer zu machen und näher an den Bürger heranzubringen – andererseits muss der Nutzen für unsere Landesbürger durchaus erkennbar sein, und er muss ihn auch spüren. Zum Zweiten sollte auch der Nut-

zen für die Verwaltung gegeben sein.

In diesem Zusammenhang bekennen auch wir uns zum Neubau der Verwaltungseinheit hier in Klagenfurt, im Zentrum eines neuen Regierungsgebäudes, der Optimierung der Gesamtkostensituation in diesem Bereich, Umsetzung der wirkungsorientierten Landesverwaltung (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*), durchaus auch zum Nutzen für die Bauwirtschaft. Insgesamt soll dieser Verwaltungsbau aber auch Kyoto-konform errichtet werden. Der auf der Verwaltungskonzentration zu führende Anteil von Einsparungen soll nicht außer Acht gelassen werden. So, glaube ich, sind wir insgesamt aufgefordert, in nächster Zeit unsere Verwaltung darauf abzustimmen, dass sie näher beim Bürger ist und dass der Bürger diesen Nutzen quasi als Dienstleister für sich in Anspruch nehmen kann. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Grilc das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, seit den Zeiten Maria-Therσίας, das heißt seit rund 250 Jahren, gilt ein Grundsatz: „Politiker kommen und gehen – die Beamten bleiben.“ In diesem Sinne stellen gerade diese Beamten einen wesentlichen stabilen Teil der staatlichen Ordnung dar, wobei sich – so orte ich zumindest – das Bewusstsein hier nachhaltig verändert hat: von einem obrigkeitlichen Verhalten weg, eher hin in ein Servicedenken; was ja durchaus positiv und im Zeitgeist ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich – ohne jetzt im Einzelnen die bisher vorgebrachten Argumente noch einmal zu wiederholen – einige Anregungen anbringen. Eine konkrete, ist beispielsweise jene, dass wir einen Pool von Sachverständigen schaffen, und zwar deswegen, weil auf die Art und Weise wirklich Verfahrenskonzentrationen und -beschleunigungen möglich sind. Ich habe zwei konkrete Beispiele im Kopf: Ich war selbst eingebunden in den Prozess, als es um die Petzen-Beschneidung und all die damit verbundenen Fragen ging, wo wirklich alle Sachverständigen immer wieder zusammengerammelt und -gerufen wurden und dort auch

Mag. Grilc

sehr kompetent und sehr rasch die Fragen gelöst haben. Eine zweite, ähnlich gelagerte Frage, auch von der Größenordnung her, war die Frage der Lippitzbachbrücke - Landesrat Dörfler wird das bestätigen können -, wo man ebenfalls auf die Art und Weise vorgegangen ist. Das sind also zwei sehr positive konkrete Beispiele, wie das funktionieren könnte.

Auf ein anderes Thema möchte ich trotzdem noch hinweisen, vor allem weil es auch bundespolitisch Aktualität hat und natürlich auch bei uns vorkommt. Das ist die Frage des Zukaufes von Leistungen. Hier hat man mitunter den Eindruck, dass man auf die Ressourcen und auf die Kapazitäten der eigenen Mitarbeiter nicht immer ausreichend Bedacht nimmt und sehr rasch von außen Leistungen zukaufte, die man aber sehr wohl im eigenen Hause hätte. Wir haben ja Beispiele in dieser Richtung diskutiert. Der Rechnungshof hat zum Beispiel die KABEG und das LKH Klagenfurt bis zum Jahr 2001 überprüft. Wenn man neuerlich von sehr hohen Summen in dieser Richtung aus dem Bereich hört, dann veranlasst uns das zu dem Schritt, den wir auch setzen werden, dass der Rechnungshof im Bereich der KABEG und des LKHs auch die zugekauften Leistungen für die Jahre 2002 und 2003 überprüfen sollte.

Einen letzten Gedanken möchte ich noch einmal betonen und hervorstreichen. Hier schließe ich durchaus bei meinen Vorrednern an. Das neue Gebäude ist an sich durchaus sinnvoll – aber das ist noch nicht die wahre Verwaltungsreform. Unser Part, unser Teil, den wir dazu beitragen können und müssen, wird auch durchaus jener sein, zu überlegen: Wo sind denn überhaupt Regulierungen notwendig? Wie gehen wir mit der Gesetzesmaterie um? Was beschließen wir hier, vielleicht auch Unnötiges, das letztlich in der Umsetzung dazu führt, dass vieles an Mehrarbeit auf den einzelnen Ebenen folgt? Das heißt, mit diesen Gedanken müssen auch wir hier entsprechend sorgsam umgehen. Und dann, im Gesamtpaket, kann das durchaus eine vernünftige Reform werden. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf der Homepage des Landes Kärnten steht „Verwaltungsreform“. Es soll also bürgernäher werden, schneller werden, kostengünstiger werden, transparenter werden, und es sollen auch moderne Arbeitsabläufe eingebaut werden.

Ich bin der Auffassung, dass das alles ganz, ganz okay ist – nur sollte eigentlich die Landesregierung mit gutem Beispiel vorausgehen. Dazu nur zwei Beispiele: Wenn sich die Regierung mittels Umlaufbeschlusses die Höchstkosten für Dienstwagen von 42.000 auf 48.000 Euro erhöht, dann mag das zwar moderner Technologie entsprechen. Wenn man von Kärnten in den Irak telefonieren kann oder in den Iran, ist auch eine gewisse Geschwindigkeit vorhanden, nur ist es weder transparent noch kostengünstig für den Bürger.

Als Zweites: Wenn ein Bürger im Mai 2003 um einen Termin beim Herrn Landeshauptmann ansucht und er bis heute keine Antwort bekommt, dann hoffe ich, dass, bitte, die Lebenserwartung höher ist als die Bürgernähe des Landeshauptmannes. Danke! *(Beifall der Abg. Mag. Lesjak)*

(Der Vorsitzende erteilt LH Dr. Haider das Wort.)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar Beispiele geben, wie die Verwaltungsreform derzeit bei uns gestaltet wird. Wir haben in den letzten Jahren, glaube ich, eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Der Rechnungshof hat uns in seiner jüngsten Einschau bescheinigt, dass Kärnten zu den drei erfolgreichsten Bundesländern bei der Umstellung auf die so genannte wirkungsorientierte Landesverwaltung ist. Das heißt, wir haben – wie der Klubobmann der Sozialdemokraten richtigerweise gesagt hat – begonnen, auch die Schwerpunktverlagerung stärker in die Regionen vorzunehmen, das heißt die Bezirke mit den Bezirkshauptmannschaften sind heute die Anlaufstellen für die Bürger. Wir wollen das in Zukunft verstärkt ausbauen.

Dr. Haider

Es ist eine Grundsatzentscheidung gewesen, die heißt: Verwaltung Bürgeranlaufzentrum Bezirkshauptmannschaft, soweit das nicht die Gemeinde selbst erledigt und darüber hinaus, Verwaltungsrechtzug geht in den meisten Bereichen direkt an den Unabhängigen Verwaltungssenat (eine gerichtsformige Überprüfung), sodass hier die zweite Instanz, sprich die Landesbehörde, als Berufungsbehörde weggefallen ist oder wegfällt.

Das, was im Land bleibt, sind die technischen fachlichen Einrichtungen, Sachverständigendienste. Auch hier haben wir gesagt, wir gehen einen anderen Weg als manche Bundesländer. Bei uns gibt es nicht eine Aufteilung der Sachverständigen in die einzelnen Bezirkshauptmannschaften, damit sie bei einem Verfahren dabei sein können, sondern wir teilen sehr flexibel nach Bedarf auf die Bezirke die Sachverständigen auf, sodass wir auch bei der Erledigungsgeschwindigkeit heute sicherlich bereits zu den erfolgreichsten Bundesländern gehören. Im Jahre 1996 hat ein Betriebsanlagenverfahren in Kärnten 203 Tage gedauert – im Jahre 2001 nur mehr 95 Tage. Wir werden jetzt etwa bei 80 Tagen stehen. Damit sind wir absolut im Spitzenfeld der Bundesländer! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich glaube, dass das schon interessant ist und dass es die Bürger viel mehr interessiert, als ob ein Landesregierungsmitglied mit einem Staat (dem Iran, Syrien oder sonst wen) telefonieren sollte. Denn wenn dahinter dann auch noch Abschlüsse für öffentliche Aufträge stehen und Krankenhäuser mit österreichischer Technologie und von österreichischen Firmen gebaut werden oder Kärntner Forstfirmen Erntemaschinen in den Iran liefern können, wie wir das gestern wieder vereinbart haben, dann ist das Arbeitsplatzsicherung! Und dann wird das Telefongespräch wohl auch noch drinnen sein! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom KO Abg. Markut*)

Wir sind Gott sei Dank jetzt weg von dieser kleingeistigen Diskussion, daher widmen wir uns den Strategien für unser Land. In diesem Sinne setzen wir den Kurs fort, das heißt wir haben Ausgliederungen vorgenommen. Wir haben das Landesarchiv ausgegliedert; wir haben das Landesmuseum ausgegliedert; wir haben die Landesforstgärten ausgegliedert; wir haben die EDV ausgegliedert und haben damit Kosteneinsparungen getätigt. Wir haben in verschiedenen

Bereichen auch jährliche Einsparungserfolge, etwa beim Fuhrparkmanagement, wo wir jährlich in Millionenhöhe Einsparungen haben. Wir haben beim Kopiermanagement Einsparungen, beim Festnetzmanagement, also bei der Telefonie, und im Versicherungsmanagement, um Ihnen nur diese Bereiche aufzuzeigen. Insgesamt: EDV-Outsourcing, Versicherungsmanagement, Kurparkmanagement, neue Telefonie, Kopiermanagement sparen wir jedes Jahr 4,5 Millionen Euro ein, die wir sonst irgendwie hätten ausgeben müssen. Das ist, glaube ich, der Erfolg der Verwaltungsreform, dass wir hier Geld, das eigentlich wirklich sinnvollerweise für anderes zu verwenden ist, holen, um es wieder für operative Maßnahmen für die Bürger für soziale Leistungen, für Straßenbau und was immer zur Verfügung zu haben.

Ich glaube, diesen Weg sollten wir fortsetzen, und der wird auch von den Bürgern honoriert werden. Das, was ich mir wünsche, ist einfach die Diskussion: (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) Wie gehen wir in der Zukunft auch bei der weiteren Dezentralisierung unserer Verwaltung vor? Was wollen wir wirklich in den Bezirken? Was haben wir auf Grund der modernen Kommunikationsmittel an neuen Möglichkeiten, um hier noch stärker zu dezentralisieren? Dabei gibt es natürlich Widerstände bei jenen, die in der Zentrale sitzen und sagen: „Ich bin so gewöhnt an diesen Zustand.“ Das muss eine politische Entscheidung sein! Ich glaube, darüber sollte man die Debatte führen. Kärnten ist ein Land mit vielen Regionen. Wir alle reden immer vom „ländlichen Bereich“, von den „Regionen und Talschaften“. Wir sollten daher auch den Mut haben, diese Dezentralisierung bei der Organisation der eigenen Verwaltung ernst zu nehmen, (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!*) weniger Overheads in Klagenfurt und mehr Kompetenz in den Bezirken! (*3. Präs. Ing. Scheuch: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde „Modernisierung der Verwaltung in Kärnten“ trifft

Mag. Dr. Kaiser

sich in seiner Aktualität ausgezeichnet mit den gestern veröffentlichten Ergebnissen des Ausschusses 2 des Österreichkonvents, der sich mit derselben Materie oder Teilaspekten derselben Materie befaßte, nämlich überflüssige, doppelt und dreifach bestehende Gesetze, die auch in die Grundverfassung Österreichs gehen, hinsichtlich ihrer Aktualität zu überprüfen. Und das Ergebnis, meine Damen und Herren, mag erstaunen. Übrig bleiben, auf Vorschlag dieser Kommission, nur mehr rund 20 Prozent oder ein Fünftel der die österreichische Republik grundmanifestierenden Rechte. Das zeigt, dass über einen längeren Zeitraum hinweg sich auch Rechtsmaterien, Verwaltungsmaterien, die ja letztendlich dann auch in ihrer Endauswirkung Bürgerinnen und Bürger beeinflussen, angesammelt haben, weil sie nicht zeitgerecht hinsichtlich ihrer Aktualität und hinsichtlich ihrer Modernität überprüft worden sind.

Daher setzen wir uns, die Sozialdemokratische Fraktion, der gesamten Kärntner Verwaltungsreform einen Grundsatz voraus. Mit dem Beginn dieser Deregulierungs- und Überprüfungsprozesse kann nur auch der Beginn eines permanenten Prozesses eingeleitet werden, denn Faktum ist, dass Gesetze gesellschaftliche Entwicklungen nachvollziehen. Daher müssen sie auch, um zeitgemäß zu bleiben, ständig hinterfragt werden. In der Praxis ist uns klar, dass dieses Prozederhafte nicht allein per Beschluss erreicht werden kann, sondern dass hier die aktive Mitwirkung aller betroffenen Beamten auf den unterschiedlichsten Referats-, Abteilungs- und Behördenebenen, und das im übergreifenden Charakter, notwendig ist. Wir gehen daher auch parallel mit den bereits geäußerten Forderungen, dass diese Möglichkeit der Verwaltungsreform auch mit einem Mehr an direkten Bürgerinnen- und Bürgerrechten einher gehen sollte.

Ich glaube, dass die Grundsätze die ja bereits jetzt zu einer 55%-igen Reduzierung des Kärntner Gesetzesbereiches geführt haben, nach dem Grundsatz, – dort sollen Gesetze geändert, verändert oder aufgelassen werden, wo sie eher blockieren denn regulieren. Wir glauben, dass auch in dem Zusammenhang – Nachweise gibt es – die Verbesserung der Rechtsqualität genauso einen wesentlichen Bestandteil hat wie die sanfte Einbringung der Nutzung neuer, moderner, elektronischer Medien- und Kommunikationstechnologien, die zweifelsohne unter dem

modernen Wort „E-Government“ einen Teilbereich der Verwaltung der Zukunft darstellen werden.

Ich möchte aber auch auf einige positive Beispiele, die in der Intensität noch nicht angezogen worden sind, in dieser Debatte verweisen. Für mich sehr vorbildhaft hat sich der Kommunalbereich entwickelt, wo es allein im Bereich der verstärkten, beschleunigten und besseren Abwicklung von Bauvorhaben positive Ergebnisse gibt. Grund dafür, neben vielen anderen, ist eine Vorgabe von Leitlinien, die letztendlich nicht nur zu Zeit- sondern auch zu monetären, finanziellen Einsparungspotenzialen geführt haben. Besonders wichtig und auch beispielhaft für die Reform auf Landes- und darüber hinaus gehende Ebenen möchte ich die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gemeinden unterstreichen, denn es ist nicht nachvollziehbar, dass jede Gemeinde ein eigenes Beschaffungs-, ein eigenes Lohnverrechnungssystem oder sonstige Infrastrukturen immer innerhalb ihres eigenen Zuständigkeitsbereiches brauchen. Es wäre manchmal im Sinne von Zusammenführen von Potenzialen, Synergien besser, Dinge gemeinsam zu nutzen.

Ich möchte an dieser Stelle auch dem zuständigen Gemeindereferenten, Landesrat Rohr dazu gratulieren, dass er auch den Mut gefunden hat, so moderne Bereiche und Begriffe wie Benchmarking in die kommunale Verwaltung hereinzuholen, indem es derzeit einen wirklich nachvollziehbaren Kennzahlenvergleich zwischen Gemeinden gibt, mit dem Ziel, von den besten Gemeinden zu lernen und das auf andere überzuführen. Ich würde daher etwas salopp formuliert sagen: Ich bin dafür, dass die Installierung dieses „Rohr-Systems“ von der kommunalen auf die Landesebene verfolgt werden sollte. (*Vors.: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Erlauben Sie mir, dass ich den Menschen in den Mittelpunkt und damit abschließend meine Überlegungen stelle. Um all das vollziehen zu können, ist es natürlich wichtig, dass die entsprechenden Bildungsaspekte hinsichtlich jener Leute, die mit Verwaltung zu tun haben, entriert werden. Es geht uns vor allem, als Sozialdemokratische Fraktion um die Erhöhung der sozialen Kompetenz jener Leute, die mit den Bürgerinnen und Bürgern zu tun haben, um eine entsprechende, modernisierte, fachliche Versiertheit, die entsprechende Aus-

Mag. Dr. Kaiser

stattung, die manchmal eher vorsintfluthaft denn modern ist, und um die letztendlich schon bereits strapazierte Wirkungsorientierung.

Größten Handlungsbedarf, (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) das möchte ich hier abschließend anführen, orte ich auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinheitlichung und der direkten Demokratie hinsichtlich der europäischen Unionsinstitutionen, aber dazu sicherlich mehr hier im Hohen Haus. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Dr. Martinz das Wort.*)

Landesrat Mag. Dr. Martinz (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass es in dieser Stunde jetzt einmal zu einer intensiven Debatte über eine neue Verwaltung, über eine moderne Verwaltung und somit über den Abbau der Bürokratie im Großen und Ganzen kommt. Dies ist ein Zukunftsprojekt und ich glaube auch, dass es in einer modernen Politik – und viele Abgeordnete in diesem Haus, auch den Gemeinden wissen, dass der Abbau der Bürokratie zu einer modernen Politik unbedingt dazu gehört.

Zum konkreten Verwaltungszentrum möchte ich hinzu fügen: Ein Haus alleine ist zu wenig! Wir brauchen neben dem Haus natürlich ganz dringend und ganz besonders, und das möchte ich einfordern, die Verwaltungsreform. Beim Grundsatzbeschluss schon im Mai 2002 wurde als eines der wesentlichen Projektziele des neuen Verwaltungszentrums des Landes die Konzentration der Abteilungen nach Aufgabenschwerpunkten, das heißt unter dem großen Wort „Kompetenzzentren“ ins Auge gefasst. Es ist die Reform in Kompetenzzentren ein ganz wesentlicher Bestandteil dieser Verwaltungsreform insgesamt und nicht nur das Hausbauen alleine. Zu diesem Kompetenzzentrum ist es bis dato nicht gekommen, bzw. auch die Debatte darüber kommt nicht in Bewegung. Die neuen Referatsaufteilungen in der jetzigen Legislaturperiode sind eher das Gegenteil. Nur als Beispiel der Bereich Personal, wo es eigentlich zu Verschwirrungen gekommen ist und zu keinen Erleichterungen. So möchte ich also diese Verwaltungsreform einfordern, denn die Nichtver-

wirklichung dieses Kompetenzzentrummodelles das eigentlich außer Streit steht und dass den Fraktionen ja vorliegt und das als Modell bewertet ebenfalls zur Verfügung steht, steht also nicht im Einklang mit den Ansätzen einer modernen Verwaltung.

Die Vorteile. Viele Vorteile – und ich möchte nur ein paar nennen: Durch die Schaffung von Kompetenzzentren erfolgt eine sachliche Aufgabenzusammenführung im Sinne einer Homogenisierung des öffentlichen Angebotes. Und auf Grund der geschaffenen Verbindungen zwischen politischen Referaten und Verwaltungseinheiten, werden alle Prozesse, Strukturen und Systeme, die Arbeit in den einzelnen Kompetenzzentren wesentlich besser und schneller und wesentlich besser an der Vision und dem Ziel des jeweils politischen Verantwortlichen ausgerichtet. Damit lassen sich auch klarere Ziele, Verantwortlichkeiten und Regelkreise einbauen, womit die Arbeitsabläufe im Sinne eines ordentlichen Netzwerkes von Prozessen wesentlich besser auf die Kundenerwartungen, sprich dem Bürger, den Rat- und Hilfesuchenden zugespitzt und damit gelöst werden können.

Auch durch die prinzipielle Vermeidung von arbeitsübergreifenden Prozessen können viele Schnittstellen ausgemerzt werden, was auf Grund der damit verbundenen Fehlervermeidung ebenfalls zu einer wesentlichen Verbesserung der bürokratischen Qualität führen wird. Die an der gegenwärtigen Organisation vorherrschende Innenorientierung (Verwaltungsablauforientierung) wird zu Gunsten einer Außenorientierung, eben Richtung Bürger, ganz deutlich ersetzt und die Aufgaben der Kompetenzzentren nach den Lebensbereichsorientierungen der Zielgruppen strukturiert. Wenige, aber dafür größere Organisationseinheiten im Sinne des Kompetenzzentrenmodells erlauben eine wesentlich bessere, auch betriebswirtschaftliche und damit kostengünstigere und damit budgetfreundlichere Führung, die sich im Einsatz von betriebswirtschaftlichen Instrumenten dann ebenfalls auch widerspiegeln werden.

Ich möchte also dieses Kompetenzzentrumsmo-
dell, weil es auch beim Beschluss der letzten Regierungssitzung zur Debatte stand, nämlich den Beschluss zum Bau des Verwaltungszentrums und welches dort in der Diskussion war, nachdrücklich einfordern und bitte auch, dieses

Dr. Martinz

Projekt, dieses sicher nicht einfache, aber herausfordernde Projekt, im Sinne der Bürger Kärntens in Angriff zu nehmen. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Es ist nach gut einer halben Stunde der Aktuellen Stunde erfreulich festzustellen, dass mit Ausnahme der neuen Nur-Kritischer Einigkeit hier darüber besteht, dass im Mittelpunkt allen Verwaltungshandelns der Bürger, also der Mensch, zu stehen hat. Das steht nicht nur im Regierungsprogramm, das wollen wir und das werden wir auch verwirklichen. Der Kunde, der Bürger muss König sein! Das heißt also, wir brauchen auch fürderhin ein Mehr an Kundenorientierung, an Bürgerorientierung, an Leistungsorientierung und an Qualitätsorientierung durch eine Fülle von Maßnahmen und Vorkehrungen. Und dabei werden auch die von meinem Vorredner genannten Kompetenzzentren ihren Platz haben. Grob gesagt: Wir brauchen Hardware und Software. Die Hardware: Da ist einmal das Haus, das für die gesamte Kärntner Landesregierung da sein soll, denn derzeit verteilen sich die Dienststellen auf immerhin 26 Stück, verteilt auf die gesamte Landeshauptstadt Klagenfurt.

Das Ergebnis muss sein, dass der Steuerzahler profitiert. Das Ergebnis muss aber auch sein, dass wir die direkt-demokratischen Instrumentarien ausbauen, wie der Herr Landeshauptmann das schon gesagt hat. Stichwort "Bürgerrechtsgesetz" – dass wir die Verfahren beschleunigen, dass wir die Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie nutzen, aber dem Bürger die Wahlmöglichkeiten lassen.

Jetzt zu dem was einige Vorredner angeschnitten haben. Die Frage der möglichen Dezentralisierung. Ich möchte den Bereich weiter fassen und hoffe, dass mein Vorredner Landesrat Martinz mit seinem Kompetenzzentrum nicht einer Dezentralisierung entgegen geredet hat, denn die Reformen, die notwendig sind, müssen auch vor den Gemeindestuben oder dürfen vor den Gemeindestuben nicht Halt machen. Ich bin beim Klubobmann Markut, dass vor Ort viele Ent-

scheidungen fallen und ein Ergebnis ist auch die Studie, die der Herr Landesrat Rohr in der Fragestunde auf meine Frage hier ins Treffen geführt hat.

Ich mahne hier insbesondere im Landtag die Verantwortung der hier sitzenden Bürgermeister ein, denn an ihnen wird auch zu messen sein, wie diese Dinge gehandhabt werden, denn es geht letztendlich um die Finanzierungsspielräume, die die Gemeinden bekommen müssen und auch um den Standortwettbewerb der Gemeinden, dass hier gute Bedingungen geschaffen werden. Was noch wichtig scheint, ist eine Demokratiereform auf Gemeindeebene, Deregulierungen auf Gemeinderechsebene, die Optimierung von Planungen im kommunalen Bereich und dergleichen mehr.

Ich komme am Schluss zum geplanten Verwaltungszentrum, denn immerhin geht es hiebei um einen Raum, um einen umbauten Raum von etwa 99.000 Kubikmeter und das Ganze in Kyoto-Konformität, was mich als Umweltsprecher besonders freut. Die Gesamtprojektkosten, das ist noch nicht gesagt worden, machen in etwa 24 Millionen Euro aus. Das ist immerhin ein bedeutender beschäftigungspolitischer Aspekt, den man hier auch hervorstreichen soll. Und ich wünsche mit dem Landesrechnungshof, dass diese Kosten eingehalten werden, möglichst unterschritten werden. Viel wird davon abhängen, welche Begehrlichkeiten noch kommen werden. Es gibt bereits einige und ich möchte eine heraus streichen, die von der Stadt Klagenfurt kommt, die für einen Gehweg entlang der Mießtaler Straße die Ausführung in sehr hochpreisigen Natursteinplatten fordert. Eine Stadt Klagenfurt, die auf der anderen Seite mittlerweile weltweit durch die eigenen Buckelpisten bekannt geworden ist.

Ich wäre ein schlechter Kulturpolitiker, wenn ich nicht auch auf die Einhaltung des Kulturförderungsgesetzes, also sprich: „Kunst am Bau“ – drängen würde, denn in den bisherigen Kostenangaben ist die Ein-Prozent-Summe, die das Gesetz hier vorschreibt, nicht ausreichend dotiert. (*Vors.: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Zu dem sind auch noch die Kosten des Architektenwettbewerbes abgezogen. Für die Stadt Klagenfurt wünsche ich mir, dass dieses Verwaltungszentrum als Turbo wirkt, auch hinsichtlich des Veranstaltungszentrums.

Noch etwas am Schluss: dass auch das Landes-

Dipl.-Ing. Gallo

museum möglichst noch berücksichtigt werden kann. Dort gibt es große logistische Probleme. Immerhin ist das Landesmuseum ein Teil der Identität unseres Landes Kärnten, das bildliche und objektmäßige Gewissen. Es könnte, beispielsweise, (*Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!*) durch die Schaffung eines Tiefenspeichers mit einer Ausfahrtsmöglichkeit in die Mießtaler Straße hier einiges behoben werden.

Abschließend ein herzliches Glückauf der weiteren Modernisierung der Verwaltung in Kärnten!
(*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.*)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Klubobmann der SPÖ hat bereits sehr deutlich kundgetan, dass wir dem Verwaltungszentrum nicht nur zustimmen sondern auch die Unterstützung geben werden. Was ich bei allen Rednern und vor allem beim Kollegen Strutz vermisst habe, vielleicht doch auf die Probleme hinzuweisen, die mit dieser sogenannten Zentralisierung auch für das Personal auf uns zukommen wird. Deswegen möchte ich in meiner Rede einmal bei all den vielen verantwortlichen Beamten, Vertragsbediensteten oder Dienstzettlern (oder Werksverträgen) beginnen und ein herzliches Dankeschön sagen, dass sie auf diesen verteilten 30 Stellen – oder sind es 26; darüber kann man diskutieren – ihre Arbeit tun! Ich glaube, dass sich die Verbesserung der Arbeit in den letzten Jahren gravierend in Richtung Bürgernähe geändert hat. Ich glaube, dass hier im Landtag – ich nehme an, dass die anderen Fraktionen nichts dagegen haben werden – dafür einmal recht herzlich ein Dankeschön gesagt werden sollte oder muss! (*Beifall im Hause*)

Kollege Strutz, es sind viele Dinge, bevor dieses Verwaltungszentrum gebaut wird, in diesem Bereich zu klären. Ich würde dich persönlich auffordern, in der nächsten Zeit Kontakt – wie seinerzeit von dir persönlich zugesagt – mit den verantwortlichen Personalvertretungen, unter Einbeziehung der Gemeindebediensteten, aufzunehmen, (*Abg. Dr. Strutz: Ist ja ausgemacht!*) weil es ja gravierende Veränderungen auch in diesen Bereichen früher oder später geben wird. Wir sollten uns alle zusammensetzen, weil es

sind hier viele Punkte zu klären: Was bringt die Zentralisierung auf der einen Seite? Wenn ich jetzt dem Herrn Landeshauptmann sehr genau zugehört habe, war in seinen letzten Sätzen ein gewisser Widerspruch drinnen. Auf der einen Seite die Zentralisierung in einem dringenden Gebäude, das ist gar keine Frage, mit allen Vorteilen – auf der anderen Seite hat er der Dezentralisierung das Wort geredet. Ich glaube, auch darüber sollte man wirklich die Aufgaben einmal auf den Tisch legen: Was muss zentralisiert werden? Was muss, bitte schön, auch den Gemeinden in ihrer Verantwortung überlassen werden?

Die Diskussion, die wir hier im Landtag, vor allem aus Wien lanciert, über die BHs gehabt haben, von einer Seite, man soll sie überhaupt einsparen und zusperren – auf der anderen Seite hat man ihnen immer mehr Arbeit übermittelt: Auch hier sollte man einen ganz konkreten Plan haben, wie es in Zukunft weitergeht. Ich glaube, die Bürgermeister, die hier im Landtag sitzen, werden dafür sorgen, dass eine geordnete Vorgehensweise zu finden ist.

Die Bediensteten, egal ob auf der Abteilungsleiterbene bis hinunter in alle Berufsgruppen, sind – nachdem es keine klaren Informationen gibt – derzeit sehr verunsichert. Ich glaube, wir sollten alle (jeder in seinem Bereich) dazu beitragen, dass diese Verunsicherung weg käme. Vor allem sollte man aber die Funktionsfähigkeit dieses Hauses einmal darstellen und informieren, damit jeder (zwar weit entfernt, aber doch) weiß, wo irgendwann einmal seine Abteilung, sein Arbeitsplatz in diesem Zentrum auch platziert werden wird. Ich glaube, das würde dann eine völlig andere Einstellung der Bediensteten der Hoheitsverwaltung, aber auch der dazugehörigen Abteilungen, Unterabteilungen usw. nach sich bringen.

Ganz glaube ich nicht, dass damit Arbeitsplätze geschaffen werden, Kollege Strutz, weil jede Zentralisierung – egal in welchem Bereich – eher eine Reduzierung der Arbeitsplätze gebracht hat. Wenn du die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft meinst, die natürlich damit beschäftigt werden wird, ist das etwas anderes. Auch hier sollte man der zuständigen Personalvertretung dementsprechend einmal den Plan auf den Tisch legen: Was ist in diese Richtung geplant, um hierfür nicht nur die Zustimmung zu haben, sondern auch die Verunsicherung einmal wegzubringen.

Arbeiter

Es widerspricht sich in den Reden das Wort „zentral“ mit dem Wort „Region“. Hier sollte man, glaube ich, eine gemeinsame Formulierung finden, weil beides zugleich wird nicht stattfinden können. Das dazu.

Ich glaube, mein Klubobmann hat das sehr deutlich bereits hier formuliert und auch der Kollege Kaiser: Für die Reform in der Verwaltung werden wir zur Verfügung stehen. Ich fordere noch einmal auf, vor allem unseren Partner, wenn ich ihn so bezeichnen darf, Kollegen Strutz, über die Pensionsreform im Beisein auch der Besoldungsreform dementsprechend in der nächsten Zeit Gespräche zu führen. Es war ein Termin bereits ausgemacht, der leider wegen anderer Termine nicht zu Stande gekommen ist. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) Auch hier werden wir versuchen, in einer sehr sachlichen Art einen gemeinsamen Schritt zu setzen. Ich möchte nur erinnern, dass viele Punkte, die schriftlich eingebracht worden sind, mit den zuständigen Referenten zu verhandeln wären. Herr Präsident, ich danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.*)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe verbliebene Gäste und Medien! 186 Landesgesetze wurden in der letzten Legislaturperiode aufgehoben. Das klingt irrsinnig toll. Das überrascht. Das ist bemerkenswert. Man liest diesen Bericht und ist begeistert – nur frage ich: Wie viele von diesen Aufhebungen, wie viele Gesetze haben sich wirklich so ausgewirkt, dass der Bürger davon profitiert hat?

Viele von diesen Gesetzen sind abgeschafft worden. Das hat uns gefallen, das hat dem Gesetzgeber gefallen – nur der Bürger hat davon nichts gemerkt. Ich glaube, diese Aufgabe wird mitgeschleppt in diese Periode. Es müssen in dieser Periode mit Nachdruck Anstrengungen in jene Richtung gesetzt werden, dass es zu einer tatsächlichen inhaltlichen Deregulierung der Landesrechtsordnung kommt. Die verschiedensten Gesetzesmaterien müssen entschlackt werden, und zwar so, dass sie vereinfacht und verständlicher gemacht werden! Es soll nicht für

jedes irgendwo auftretende Problem irgendein Gesetz geben, das man irgendwo herausuchen muss und keinen Spielraum zulässt, weil es nach Punkt und Beistrich jeden Lebenssachverhalt für die Verwaltung regelt, um sachorientierte Lösungen herbeizuführen.

Als Beispiel einer tatsächlichen Deregulierung in der Vergangenheit kann ich die Kärntner Bauordnung und die Kärntner Bauvorschriften hervorheben, die im Jahr 1986 unter Maßgabe der ÖVP zustande gekommen sind. Dieses Gesetz hat eine tatsächliche und spürbare Entlastung gebracht und zu einer weiteren Vereinfachung der Bauordnung geführt.

Auch in anderen Bereichen wäre eine derartige tatsächliche Vereinfachung dringend notwendig. Deswegen erwarten wir uns – und dazu sind Sie aufgefordert! –, dass für Projekte in dieser Legislaturperiode Vorstöße kommen, und wir werden selbst Vorstöße einbringen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was Sie da alles erzählen!*)

Jetzt komme ich gleich zum nächsten Thema, wo sich der Herr Abgeordnete Gallo auch vorhin zu Wort gemeldet hat. Das ist das E-Government. Alle reden vom E-Government. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich habe das Wort gar nicht erwähnt!*) Überall gibt es ein Papier – ich habe ein tolles Papier gesehen –, wo viele Dinge drinnenstehen. Er, der Herr Abgeordnete Gallo, hat damals auch Stellung bezogen, es gibt Hardware und Software und so, uns zwar in Bezug auf das Gebäude und die Beamten. Aber ich glaube, die Software ist auch in anderen Dingen sehr wichtig. Aber was nützt uns das beste E-Government und die beste Homepage, wenn sie so kompliziert sind, dass die Leute sie nicht bedienen können. Was nützt uns die beste Homepage bei E-Government, wenn die Seiten so aufgebläht sind, dass jene, die sie brauchen, nämlich zum Beispiel im ländlichen Raum, die nicht fünf Minuten zum Finanzamt oder wohin auch immer haben, wenn es diese nicht erreichen können, weil wir keine Breitbandanschlüsse haben? Das nützt uns nichts! Und da muss man ansetzen: an den Schnittstellen, an den Schnittstellen zum Bürger! Wir müssen die Seite so gestalten – es wird davon gesprochen, dass die Seite der Kärntner Landesregierung so toll ist –, dass sie schnell und einfach erreichbar ist. Bitte, die Seite ist so aufgebläht. Es dauert 15 Sekunden, bis sie geladen ist. Von einem Modem rede

Tauschitz

ich gar nicht. Also jeder, der keinen Breitbandanschluss hat, kann die gar nicht erreichen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du bist der Nachfolger vom Sablatnig? – Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion.)* Damit habe ich kein Problem. – *(Abg. Lutschounig: Nur, dein Nachfolger möchte ich nicht sein! – Lärm im Hause.)* Es kann nicht sein, Herr Abgeordneter Gallo, dass wir zwar tolle Dinge machen, die an sich interessant und wichtig sind, aber dass die Schnittstelle zum Bürger vergessen wird und einfach nicht darauf geschaut wird.

Deshalb fordere ich Sie auf: Bauen Sie einfache Seite im E-Government, und machen Sie das bitte, beginnen Sie mit der versprochenen Breitbandoffensive, die im Wahlkampf so oft erwähnt wurde, damit wir in Kärnten flächendeckend Breitbandanschlüsse haben! Das ist absolut notwendig und zukunftsweisend. Ich fordere Sie auf, das zu tun!

Nachdem ich noch ein bisschen Redezeit habe, möchte ich noch auf etwas anderes eingehen, weil wir schon beim E (Elektronik) sind. Wenn man viel vom E-Government spricht, dann kommt man sehr gern im nächsten Schritt zum E-Voting, zum digitalen Wählen. Jetzt gehen wir digital zum Finanzamt und digital zur BH, und dann gehen wir digital zum Landeshauptmann. Irgendwann einmal gehen wir digital wählen. Und irgendwann ist stopp. E-Voting lehne ich persönlich absolut ab! Bitte, digitalisieren wir alles, machen wir alles einfacher. Das ist überhaupt kein Thema. Machen wir für alles eine Homepage. Mann kann alles von zu Hause erledigen – aber wählen nicht. Und ich bitte Sie eindringlich - diese Diskussion steht uns bevor, wahrscheinlich auch noch in dieser Legislaturperiode, weil sie auch in Wien diskutiert wird -, denken Sie darüber nach! Passen wir auf! Machen wir alles digital, aber nicht das Wählen! Da soll jeder noch hingehen, einen Zettel ausfüllen. Der soll abgelegt werden. Das ist so gut wie nicht manipulierbar. Aber E-Voting kann man dann nicht mehr überprüfen.

Das wollte ich noch gesagt haben. In diesem Sinne ist meine Redezeit mit 4:78 zu Ende. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Gunzer das Wort.)

Abgeordneter **Gunzer** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Der bevorstehende Bau des Verwaltungszentrums ist für mich von Seiten der Wirtschaft ein sehr großer Schritt in die richtige Richtung. Wir von der Wirtschaft haben immer eine schlankere Verwaltung gefordert. Es ist automatisch mit dem Bau dieses Verwaltungszentrums auch eine schlankere Verwaltung dann mit eingebunden.

Wenn mein Vorredner, der Kollege, gemeint hat, es wurden bereits sehr viele Positionen unter der Ära Zernatto eingespart, dann frage ich mich, wo die eingespart wurden. Es wurde vorgeschlagen, die ganzen Bauanwälte zu reduzieren oder einzusparen. Bis dato wurde in dieser Richtung nichts unternommen. *(Abg. Lutschounig: Minus 10 Prozent!)* Es wird mir wichtig sein, dass man darauf achtet, dass es in Zukunft im Zuge dieser Verwaltungsreform auch tatsächlich zu Einsparungen kommt. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zernatto hat sich selber eingespart!)*

Die Kostenersparnis ist für uns von Seiten der Unternehmerschaft und Wirtschaft immer wieder ein großer Punkt. Vor allem ist aber hier ganz besonders auch die Flexibilität gefordert. Wenn der Herr Kollege Arbeiter gemeint hat, man muss einmal auch mit den Beamten sprechen: Ich bin der Meinung, dass es hier um das Verwaltungszentrum in Klagenfurt geht und nicht draußen, in der Peripherie, sondern dass in der Landeshauptstadt Klagenfurt die diversen Dienststellen zusammengelegt werden sollten: im Sinne des Bürgerservices, dass der Bürger in ein Gebäude hineingeht, rascher und effizienter und auch dementsprechend behandelt wird.

Ein weiterer Vorteil ist die Innenstadtbelebung der Landeshauptstadt Klagenfurt, ganz besonders auch zum Südosten der Landeshauptstadt hin. Da bin ich davon überzeugt, dass es zu einer massiven Belebung auch der Wirtschaft in der Landeshauptstadt kommen wird.

Für die Gesamtwirtschaft ist es aber ganz besonders wichtig und auch für den Wirtschaftsstandort Kärnten, dass gerade eine schlanke Verwaltung in einem Gebäude im Verwaltungszentrum Klagenfurt-neu angesiedelt ist. Auch das ist ein Zeichen nach außen hin, dass jeder Unternehmer auch bei einer Frage zu einer Betriebsansiedelung in nur ein Gebäude geht und dort rasch bedient wird.

Gunzer

Es sollten aber auch diese ganze Verwaltungsreform und der Bau des Verwaltungszentrums richtig verstanden werden. Ich verstehe deshalb Sie nicht, Herr Holub, was das mit einem Termin beim Herrn Landeshauptmann zu tun hat. Das möchte ich da einmal anbringen, damit wir die Diskussion auch in die richtige Richtung lenken.

Für mich hat es einen sehr positiven Aspekt, dass gerade dieser Großbau auch eine intensive Ankurbelung der einheimischen Wirtschaft nach sich zieht und dass man hier für unsere einheimische Wirtschaft auch dementsprechende Aufträge lukrieren wird können. Summa summarum ist es für mich als Wirtschaftssprecher im Kärntner Landtag äußerst positiv, wenn solche Projekte errichtet werden und wenn sie der Sache dienen, nämlich zur Einsparung in der Verwaltung. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Im Zuge der Verwaltungsreform sollte man doch eine detaillierte Untergliederung machen, in welchen Bereichen diese überhaupt greifen kann. Im Gegensatz zum Kollegen Tauschitz, sollte man doch die Kirche etwas im Dorf lassen, denn wir haben uns in der letzten Legislaturperiode unter dem Projektteam bei der Deregulierung der landesgesetzlichen Verfügungen und landesgesetzlichen Aufgaben vor allem mit Dr. Glantschnig und Dr. Kemptner und Dr. Sturm zum Ziel gesetzt, diese Gesetzesflut einzudämmen. Es ist ein Teil dieser Verwaltungsreform, auch für den Bürger klare, gesetzliche Maßstäbe zu schaffen. Wenn man davon ausgeht, dass zehn Verfassungsgesetze, 175 Landesgesetze, 138 Verordnungen nur allein für das Land Kärnten bestanden haben und diese über einen Zeitraum von fünf Jahren fast zur Hälfte reduziert werden konnten, so kann man davon ausgehen, dass diese Fülle und Dichte, vor allem in der rechtlichen Reglementierung, sowohl qualitativ als auch quantitativ eine Verbesserung erfahren haben.

Wir sind auch in diesem Bereich gut gelegen. Wir haben auch viele Aufgaben bewältigen kön-

nen, die letztendlich diese unreglementierte und unübersichtliche, im Bereich der Landesgesetzgebung vorherrschende Kasuistik eingedämmt hat. Wir müssen aber auch bei der Dreigliederung der Verwaltungsentwicklungen darauf Acht geben, dass wir die Verwaltung schlanker machen, effektiver machen, schneller machen, so wie es uns der Bund vorgezeigt hat, dass man diesen One-Stop-Shop betreibt heute bei den einzelnen Bezirkshauptmannschaften, dass jeder Unternehmer, der heute ein Gewerbe anmeldet bzw. eine Betriebsstätte errichten möchte, nur mehr bei der BH vorstellig werden muss und sich nicht mehr bei der Landesregierung vorstellen muss und seine Anträge und Sachen einbringen kann, sondern er kann jetzt auch ausschließlich nur mehr bei der Bezirkshauptmannschaft um seine Betriebsstätte ansuchen.

Diese Neugestaltung bildet natürlich auch das jetzt beschlossene Verwaltungszentrum, das in seiner Konsistenz darauf ausgerichtet ist, diese Verwaltung effektiver und einfacher zu machen. Wir müssen uns aber auch im dritten Punkt der Verwaltungsreform und der Verwaltungsweiterentwicklung darauf besinnen: Was wollen wir eigentlich mit der Verwaltung erreichen? Welche Kernaufgaben hat die Verwaltung heute noch und welche Bereiche müssen nicht mehr von der Verwaltung explizit ausgeübt werden? Man kann auch sagen, dass auch – sowie die Verfassungsrechtler es einmal formuliert haben, bei den gesetzlichen Bestimmungen, - manchmal muss man aber auch den Mut zur Lücke haben. Man kann aber auch hier den Ansatz bringen, dass man sagt: "Mehr privat, weniger Staat" und hier die Selbstverwaltung der Bürger und die Selbstverantwortung der Bürger anheim stellt.

Wenn man heute, vor allem in der Zeitung der KTZ liest, dass mittlerweile von 132 Gemeinden 59 Zuschussgemeinden existieren, so muss man auch in vielen Bereichen die Verwaltungsaufgaben dahingehend interpretieren, welche privaten Beteiligungen, welche Möglichkeiten, welche Modelle – sei es jetzt Private-Partnership oder auch andere Beteiligungsmodelle – sind möglich, in Kooperation zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Trägern, die vor allem Erfahrung und Know-how mitbringen können für ausgegliederte Rechtsbereiche. Und man muss auch damit entscheidend eingreifen können, denn letztendlich, unser Budget des Landes als auch das Budget des Bundes wächst nicht in

Mag. Ragger

den Himmel und unsere Ressourcen werden immer knapper in diesem Bereich. Daher wird es notwendig sein, vor allem in dieser Legislaturperiode darüber nachzudenken, welche Kernaufgaben die Verwaltung noch braucht. Dieser Prozess wird uns sicherlich diese Legislaturperiode beschäftigen und das sollte ein guter Ansatz sein, denn viele Parteien – oder alle großen Parteien – sind der Meinung gewesen, dass hier etwas passieren muss, dass wir das vorantreiben müssen und dass es letztendlich unsere Aufgabe

ist, das umzusetzen. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen zur

Tagesordnung

Bevor ich zur Tagesordnung komme, möchte ich die Sitzung kurz unterbrechen, damit die Herren und Frauen und Damen Abgeordneten auch wieder in das Hohe Haus zurückkehren und der Herr Landesfinanzreferent seine Budgeteinbegleitung machen kann. Ich unterbreche ganz kurz die Sitzung. *(Der Vorsitzende betätigt den Gong. – Die Sitzung wird von 11.04.30 Uhr bis 11.06.19 Uhr unterbrochen.)*

So, meine Damen und Herren! Ich nehme die Sitzung wieder auf. Ich möchte die Abgeordneten schon ersuchen, wenn sie schon eine Landtagssitzung haben und wir eine Budgeteinbegleitung haben, dass sie sich im Saal einfinden und nicht ständig wie die Bienen hinaus laufen. Es ist doch ein sehr wichtiger Tagesordnungspunkt der nun vollzogen wird. Und ich möchte nun zum Tagesordnungspunkt 1 kommen.

Ldtgs.Zl. 177-1/29:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2004 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2004, dem Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2004 erteilt werden

Ich erteile dem Landesfinanzreferenten, Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger, zur Einbegleitung das Wort und bitte ihn, seine Rede vom Pult aus durchzuführen! *(Abg. Lutschounig: Beim Landeshauptmann kommst halt auch schwer vorbei! – Beim Verlassen seines Platzes zum Rednerpult muss der Finanzreferent beim Platz des Landeshauptmannes vorbei.)*

Finanzreferent Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Ich darf mich eingangs meiner Budgeteinbegleitungsrede einmal auch recht herzlich bedanken für das mir entgegen gebrachte Vertrauen. Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass ich mit 23 Stimmen hier im Hohen Haus gewählt wurde. Das zeigt auch, dass scheinbar auch Bürgermeister aus der Sozialdemokratischen Riege mir das Vertrauen geschenkt haben; wahrscheinlich auch ein Beweis für die letztendlich gerechte und objektive Finanzpolitik der letzten fünf Jahre. Ich darf auch sagen, es freut mich auch ganz besonders, dass wir jetzt eine sehr breite Arbeitsbasis haben und dass das Modell einer Koalition der stimmenstärksten Parteien, der größten und der zweitgrößten Partei, in Kärnten auf fruchtbaren Boden für eine gedeihliche Zukunft bringen wird.

Ich glaube auch, dass wir mit Fug und Recht sagen können, dass die letzten Jahre ein großer Erfolg waren für dieses Land. Beweise liegen

Ing. Pfeifenberger

auf der Hand. Es gibt höchste Beschäftigungsstände, es gibt eine gute Konjunktur und es gibt eine sinkende Arbeitslosigkeit. Und das, was die Finanzpolitik der letzten Jahre ausgemacht hat, war auch bestimmend. Sie war gerecht und sozial. Und das soll sie auch in Zukunft sein. Und dass ich auch wieder die Aufgabe übernehmen konnte, das wichtigste Ressort – das Finanzressort – im Lande zu übernehmen, das freut mich auch ganz besonders. Ich darf mich auch beim Herrn Landeshauptmann für sein Vertrauen mir gegenüber nochmals recht herzlich bedanken. Es ist auch ein Beweis, dass jemand, der aus der Wirtschaft kommt und sozusagen frisch in die Politik hier einsteigt, auch die Chance bekommt, durch seine unternehmerische Art und Weise auch gewisse Dinge anders zu erledigen als das so typisch für Politiker ist, aber auch mit dem Ziel und der Begründung, dass wir in Kärnten natürlich einen massiven Aufholprozess in den letzten Jahren gehabt haben, diesen Aufholprozess sehr erfolgreich bewältigt haben und auch durch das Finanzressort natürlich eine gewisse Schlüsselfunktion wahrnehmen konnten dort, wo letztendlich die Politik festgeschrieben wird, dort wo die Willensbildung der Politik sich in Zahlen und Fakten äußert und festlegt, dort ist meine Arbeit und meine Tätigkeit und auch meine politische Verantwortung und Verpflichtung für dieses Land.

Ich glaube, die Schwerpunkte die wir gesetzt haben, haben dazu geführt, dass wir in weiten Bereichen der Kärntner Wirtschaft, der gesellschaftspolitischen Entwicklung und auch der sozialen Entwicklung dieses Landes gerecht wurden. Beispiele sind im Tourismus, in der Technologie, in der Bildung, aber vor allem im Sozialbereich und im Gesundheitswesen und dort, wo es den Menschen vielleicht noch immer ein bisschen schlechter geht; - das ist der ländliche Raum und auch die Landwirtschaft. Wir haben niemanden vergessen und wir haben versucht, all diese Dinge durch gerechte Lösungen, durch Lösungen, die ganz Kärnten betreffen, abzudecken. Und Grundprämisse unserer politischen Handlungen waren immer die Bedürfnisse der Menschen, die Bedürfnisse der Kärntner Bevölkerung ernst zu nehmen, sie aufzunehmen und in politische Maßnahmen und Initiativen umzusetzen. Und da war es völlig egal, aus welcher Ecke eine gute Idee kam. Jede gute Idee hat ihre Chance gehabt, frei von Ideologie, frei von

parteilicher Zugehörigkeit.

Ich wünsche mir, dass diese Finanzpolitik und auch diese innere Qualität – ich sage immer - die freiheitliche Handschrift, in Zukunft auch in den nächsten fünf Jahren Einzug hält in allen Überlegungen, weil wir überzeugt davon sind, dass auch Politiker in dieser Verantwortung eine hohe soziale Kompetenz besitzen müssen. Sie müssen sich für die Schwachen einsetzen, sie müssen sich für jene einsetzen, die Nachteile in Kauf nehmen müssen, die nicht dort sind, wo alles blüht und gedeiht, sondern auch dort leben, wo die Entwicklung, wo die Erwerbsmöglichkeiten, wo die persönlichen Chancen geringer sind, nur weil sie bereit sind, ihre Heimat nicht aufzugeben, ihre Verbundenheit zur Region weiter zu pflegen und auch dort bereit sind, Familien zu gründen, Unternehmen zu betreiben und sozusagen auch die soziale, gesellschaftliche Entwicklung nicht außer Acht lassen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich glaube aber auch, dass gerade das Finanzressort jene Kompetenz ist, die natürlich auch vom Herrn Landeshauptmann ableitend, jene Schwerpunkte und auch weitblickende Festlegungen treffen muss, um sozusagen auch genügend Hebelwirkung zu erzeugen. Hier ist uns einiges gelungen.

Der größte, auch von mir persönlich intensiv bewirtschaftete Bereich ist der Tourismus. Wir haben hier die Dinge umgedreht und wir sind von einer Verliererdestination zu einer Siegerdestination geworden und *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* wir haben natürlich auch dort, wo unsere Ressourcen ganz groß und besonders bedeutend sind, nämlich im Bereich der Intelligenz, der Talentförderung, der Innovationskraft, der sozusagen Kreativität dieses Landes. Im Bereich der Technologie, der Ausbildung, der wissenschaftlichen Überlegungen sind wir in den letzten Jahren wirklich federführend auch in Österreich geworden. Wir sind ja die Region, die am 23. Platz der internationalen Bewertung liegt. Wir haben hier ein enormes Aufholungsprogramm gestartet und Kärnten ist trotz seiner Kleinheit, trotz der geringen volkswirtschaftlichen und auch finanziellen Ressourcen, hier ganz vorne. Und es stellt sich auch für mich die Frage - nachdem wir uns jetzt fünf Jahre konsolidiert haben, nachdem wir uns fünf Jahre in einer sehr positiven, dynamischen Entwicklung

Ing. Pfeifenberger

gut weiter entwickelt haben - Wo will Kärnten sein?

Das Schlusslicht, das waren wir einmal. Im guten Mittelfeld, da sind wir gerade. Oder: Eine Topregion, die müssen wir werden. Wie kommen wir dorthin? - Dorthin werden wir nur kommen, wenn wir gemeinsam alle Kraftanstrengungen setzen – egal, welcher politischen Zugehörigkeit jeder von Ihnen ist.

Es geht um die Zukunft und um die Chancen der Zukunft für dieses Land. Es sind fünf spannende Jahre vor uns. Fünf Jahre, die anders verlaufen werden als die letzten fünf Jahre. Es ist die EU in einem Erweiterungsprozess begriffen, mit allen ihren Risiken, aber auch allen ihren Chancen! Es sind der Wettbewerb der Regionen, der Wettbewerb der Unternehmen, der Wettbewerb der Menschen tagtäglich neu zu bestreiten. Es bieten sich uns natürlich nicht nur große Chancen, sondern es drohen auch Kräfte, die sozusagen unseren Bemühungen entgegenwirken. Das ist die Globalisierung. Das ist jene Dynamik, die auch in Europa bereits erste Spuren hinterlässt, wo Produktionseinheiten abwandern in Billiglohnländer, wo nur mehr sozusagen Dienstleistungskompetenzen übrig bleiben, wo das, was letztendlich Einnahmen, Existenz, Lebensgrundlage schafft, nicht mehr vorhanden ist und wo eigentlich auch die kritische Stimmung in der Wirtschaft dazu führt, dass man nicht mehr in der Lage ist, Budgets zu erstellen, nicht mehr in der Lage ist, Finanzierungspfade einzuhalten und damit auch, möglicherweise, „ein Chaos von morgen“ bekommt.

Wir wollen anders sein! Kärnten hat hier eine ganz atypische Positionierung. Kärnten hat jene Stärkefelder gewählt, die es erlauben, in wichtigen Bereichen der Technologie, aber auch der Bildung ganz vorne mitzumischen und das immer auch mit dem Hintergrund und mit der Absicht zu tun, dass wir hier nicht nur ein Land von Forschungseinrichtungen bleiben, sondern mit den Forschungseinrichtungen zukünftig auch Produktionsstätten bekommen. Das muss sozusagen im Einklang stehen! Wir haben nicht die Finanzkraft, dass wir ausschließlich auf diese F- & E-Strukturen bauen, sondern wir müssen auch bei Investoren verlangen und sicherstellen, dass natürlich auch die produktive Einheit hier in Kärnten bleibt, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, um den Strukturwandel der letzten fünf Jah-

re weiter voranzutreiben: von einer Rohstoff- und Grundstoffausrichtung bis hin zu einer Technologie- und Werteausrichtung dieses Landes; genau dort, wo unsere natürlichen Kapazitäten auch im menschlichen Bereich sind, den Humanressourcen, in der Gesundheit, in der Landwirtschaft. Das ist ein ganz wichtiger Faktor! Man darf nicht vergessen: Die Landwirtschaft wird ab 2006 in eine andere Rolle kommen! Sie wird sich wiederum neu positionieren müssen. Für mich gilt, Landwirtschaft, Lebensraum, ländlichen Raum auch in Verbindung zu bringen mit Kooperation im industriellen Bereich, im Tourismus, im Gesundheitsbereich, im sozialpolitischen Bereich. Das heißt, wir brauchen intakte Bauern, wir brauchen intakte Bauernhöfe, wir brauchen einen intakten ländlichen Raum – ansonsten wird dieses Land jene Lebensqualität und auch –attraktivität nicht beibehalten können. Deshalb auch von der Wertigkeit her absolute Gleichstellung zwischen der industriellen Entwicklung des Landes und der Entwicklung des ländlichen Raumes!

Darüber hinaus wird es eine sehr intensive Auseinandersetzung darüber geben, wie wir in Zukunft auch jene Bereiche, die Zukunft erwarten, nämlich der Gesundheitsbereich, der Sozialbereich, aber auch die Möglichkeiten, durch neue Technologien dann die Standortunabhängigkeit zu sichern, bewegen können. Das heißt, uns geht es darum, dass wir jene Festlegungen der Standortgarantie für unsere Standortkrankenhäuser, der Beschäftigungsgarantie für unsere Bediensteten in den Krankenhäusern und der sehr enormen Möglichkeiten der öffentlichen Verwaltung in Verbindung mit Infrastruktur (ob das die Straße, die Schiene oder auch ein Breitbandnetz in Kärnten ist) so nützen, dass es egal ist, wo jemand einen Betrieb gründet, dass es egal ist, wo jemand beschäftigt ist: er muss die gleichen Voraussetzungen und Einkommenschancen in Kärnten haben! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Darüber hinaus wird es auch wesentlich sein, dass unsere Möglichkeiten als kleines Land, aber als Schnittstelle in einem sehr interessanten zukünftigen Wirtschaftsraum, auch in den Festlegungen unterstützt werden, die dahingehend lauten, dass wir alle Chancen über unsere Exportbüros durch Präsentationen, durch den Aufbau von Netzwerken, durch Unternehmenskooperationen mit anderen Unternehmen in den

Ing. Pfeifenberger

Nachbarländern, natürlich auch durch die Möglichkeiten, die die eigene Landesbank bringt, und auch durch die Überlegung, dass wir nicht nur Südosteuropa und die europäischen Länder wie Norditalien und den zentraldeutschen Raum, sondern auch in Richtung Nordosteuropa, Richtung baltische Länder, Richtung Weißrussland und Richtung russische Föderation blicken. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir uns auch überlegen, weitere Exportbüros meinetwegen in Warschau oder sonstwo einzurichten. Ich war jüngst bei einer privaten Reise in diesen Ländern unterwegs und habe sehr positive Entwicklungen aufgenommen. Ich glaube, hier ist Kärnten rechtzeitig sozusagen in der Lage, diesen Wirtschaftsaufschwung, diesen Boom, auch für Kärntner Unternehmer zu nützen.

Dasselbe muss in der Bewerbung unserer Qualitäten geschehen. Die Kärnten-Werbung muss und sollte sich auf die Zentren Europas konzentrieren; dort, wo die Kaufkraft auch noch in Zukunft vorhanden ist, um einen Urlaub, einen Besuch in Kärnten auch im familiären, privaten Bereich zu machen. Vor allem die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und neuerlich, durch unsere Fluganbindungen, auch im Raum Hamburg und Berlin. Dort leben sehr viele kaufkräftige Gäste. Allein Hamburg mit dem Umfeld hat eine Einwohnerkapazität von 2,8 Millionen Menschen, die auf sehr hohem Einkommensniveau und einer sehr traditionellen Beziehung zu Kärnten natürlich auch für die touristische Entwicklung hier herangezogen werden können. Dasselbe gilt für Großbritannien, für Holland und, wie gesagt, auch für den osteuropäischen und nordosteuropäischen Raum. Dort sind die neuen Testgeschichten, dort wächst eine neue, auch gut verdienende Klasse heran, die wir nutzen müssen und die wir sozusagen auch an Kärnten binden sollten.

Ganz wichtig dabei ist natürlich der Flughafen. Er ist das Instrument, das uns diese Internationalisierung, dieses Netzwerk in die Zentren Europas - nicht nur in den Norden, sondern zukünftig auch in den Süden - ermöglicht und damit auch unsere Position in der EU als kleine Region, als kleine Volkswirtschaft, verbessert.

Ganz besonders ist dabei natürlich unsere Nachbarschaftspolitik wichtig, das heißt, wie stellen wir uns dar, wenn es darum geht, gemeinsame Aktivitäten mit Slowenien, mit den Regierenden in Slowenien sicherzustellen? Ich glaube, hier

muss auch auf der anderen Seite der Karawanken umgedacht werden! Es kann auf Dauer nicht so sein, dass wir hier politisches Niemandsland sind. Wir sind ebenso selbstbewusst und dynamisch, wie die Slowenen das von sich behaupten. Wir glauben, dass es nicht opportun ist, nur zu sagen: „Unsere Partner sitzen in Wien.“ Die Partner der slowenischen Wirtschaft sitzen vor allem in Kärnten. Ich glaube, dass Kärnten hier gute Angebote machen kann, um auch in Zukunft - frei von sonstigen ideologischen Erschwernissen - eine gute nachbarschaftliche Politik im Sinne der gesellschaftlichen Entwicklung, der grenzüberschreitenden Initiativen und auch der Wirtschaftskooperationen, zu Stande zu bringen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Im anderen Fall, mit Friaul Julisch-Venetien und mit Veneto sind wir auf einem guten Weg. Der Herr Landeshauptmann hat rechtzeitig und in weiser Voraussicht die Weichen so gestellt, dass wir bereits in der Lage sind, gemeinsame Regierungskonferenzen, Regierungssitzungen, abzuhalten. Das ist für mich die Vorstufe einer neuen politischen Kompetenz im Europa der Regionen. Das heißt, das ist in Wirklichkeit die Qualität, die wir brauchen, um auch unsere Chancen gemeinsam mit Friaul Julisch-Venetien, mit Veneto und mit Slowenien dort zu vertreten, wo es gegen uns politische Absichten gibt: nämlich in Brüssel. Dabei müssen wir sehr vorsichtig sein und auch unsere Freunde hier auffordern und ermutigen, dass wir gemeinsame Projekte nur dann verkräftbar finanzieren und betreiben können, wenn die EU sich auch daran finanziell und organisatorisch beteiligt. Es kann nicht sein, dass wir hier diese Infrastrukturüberlegungen alleine tragen - ob das Straßen sind, ob das Schiene ist, ob das Autobahnen sind, ob das Lifanlagen oder sonstige Einrichtungen im Sinne der Wirtschaftsinformatik sind -, sondern hier muss es uns gelingen, auch in Brüssel Geld abzuholen, um unsere Ressourcen zu schonen! Deshalb ist es folgerichtig, wesentlich und wichtig, ein gemeinsames Brüsseler Büro für die Region Alpe-Adria einzurichten, unter Federführung des Landes und unseres Landeshauptmannes!

Ich glaube, dass gerade auch die letzten Auslandsreisen unseres Herrn Landeshauptmannes gezeigt haben, wie wichtig es ist, dass ein Land wie Kärnten sich auch im internationalen Bereich am internationalen Parkett behaupten kann. Das ist ein enormer Erfolg! Das ist auch weiter-

Ing. Pfeifenberger

hin (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) für mich als Wirtschaftsreferent, sozusagen als die treibende Kraft in diesen Bereichen, natürlich wesentlich! Wir können nur gewinnen, wenn wir neue Märkte erobern. Und diese neuen Märkte sind nicht nur vor der Haustüre. Sie sind wesentlich leichter dort zu generieren, wo der Wiederaufbau, wo auch die gesamte Kapazität eines wirtschaftlichen Wachstums ansprechbar sind. Wir können uns nicht in Länder begeben, wo uns die Konkurrenz um die Ohren braust, wo wir mit großen Nationen und Regionen im finanziellen Wettbewerb stehen. Wir müssen dorthin, wo unsere Intelligenz, wo auch unsere innovativen und kreativen Qualitäten gefragt sind, dort wo Kärntner Unternehmen ganz besonders wichtig für den Aufbau oder für die Entwicklung einer Wirtschafts- und Volkswirtschaftsstruktur sind. Dorthin sollen wir! Deshalb glaube ich, dass diese Besuchsreisen auch in Zukunft vermehrt stattfinden sollten. Ich werde auch meine Bereitschaft, meine Unterstützung jederzeit geben, wenn das gelingen kann, dass wir nicht nur nach Libyen, in den Iran, in die Emirate, sondern auch in die baltischen Länder, nach Weißrussland und in die russischen Föderationen reisen sollten. Dort ist auch Zukunft! Das wird möglicherweise auch ein Markt sein, wo sich Europa von anderen Einflüssen abdreht und Richtung Zusammenarbeit mit der großen Wirtschaftsraumnation Russland und den russischen Föderationen sozusagen auch neue Chancen erarbeitet.

Ich glaube, dass wir hier einfach sagen müssen: Das, was wir auf kleiner Ebene in einer kleinen Region als Modellfall sozusagen erarbeiten und ausfeilen, das sollte auch für größere Initiativen reichen. Hier ist auch die Initiative „Kärnten kann's!“ der richtige Weg. Hier hat einfach auch die Stimmung und Performance dieses Landes einen authentischen Widerklang, eine authentische Erscheinungsoptik. Ich glaube, das ist in allen Bereichen, wo wir einfach sagen: Wir sind eine moderne Region; wir sind eine Region, wo Innovation groß geschrieben wird; wir sind Innovationsgewinner. Wir haben alle kulturellen Qualitäten. Wir sind ja sozusagen ein Schnittpunkt dreier Kulturen und haben hier Vorteile. Wir sind ein Land mit höchster Lebensqualität, und wir glauben, dass wir auch auf diese zukünftigen Qualitäten bauen sollten!

Geschätzte Damen und Herren! Das war ein kurzer Ausflug in die internationalen Strategien,

die internationale Zukunft. Ich werde Sie jetzt aber auch über die Fakten und Zahlen unserer Rechnungsabschlussdaten und unseres Landesvoranschlags für 2004 informieren. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben im abgelaufenen Jahr eine absolut gute Bilanz vorzulegen.

Die Daten des Rechnungsabschlusses 2003, beginnend vom Bericht des Rechnungshofes über den Schuldenabbau, der Kärnten hier ein äußerst gutes Zeugnis ausstellt, und auch die Entscheidungen dieser Landesregierung schätzt, dass Kärnten bereit war, mit diesen Reserven die erwirtschaftet wurden, tatsächlich enorme Schulden in einer Größenordnung von 11 Milliarden oder 780 Millionen Euro abzubauen. Das heißt, hier sind wir einfach, glaube ich, am richtigen Weg.

Daneben auch eine tolle Entwicklung in der Beschäftigung, in der Verringerung der Arbeitslosigkeit und – was ganz besonders ist – in der steigenden Konjunktur. Kärnten hat hier eine Top-Position. Wir sind, gemessen an diesen Eckzahlen, die Position 2 in Österreich und Kärnten ist besser als das so viele möchten. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Da gibt es eine Reihe von Gründen, warum das so ist. Es war richtig und klug, dass wir rechtzeitig, bevor wir eine konjunkturelle Krise bekommen haben, die richtigen Weichenstellungen auch bei unseren Förderungen gesetzt haben. Wir haben rechtzeitig eine Gewerbeförderung eingesetzt, wir haben rechtzeitig eine Tourismusförderung in Gang gesetzt, wir haben rechtzeitig eine Wirtshausförderung in Gang gesetzt und sind mit unserem normalen Programm übern KWF natürlich auch in der Lage, Schwerpunktsetzungen wie „Lakeside“, Schwerpunktsetzungen wie „Schulen ans Netz“ oder auch über die vielen Milliarden Euro, die in den kommenden Jahren in Kärnten investiert werden, die Dank unseres Landeshauptmannes von der Bundesregierung nach Kärnten geflossen sind, wesentliche Investitionen für die Zukunft dieses Landes zu setzen. Das hat es in den letzten 30 Jahren nicht gegeben! Und das war auch der Auslöser, warum wir auch 30 Jahre Verspätung in der Entwicklung der Infrastruktur in Kärnten haben. Gott sei Dank ist dieses Kapitel zu Ende, Gott sei Dank finden diese Investitionen statt.

Und darüber hinaus gibt es in Kärnten so etwas wie ein Modell. Ein Modell einer neuen Familien- und Gesellschaftspolitik. Kärnten hat hier

Ing. Pfeifenberger

modellhaft mit dem Kinderbetreuungsgeld und der erhöhten Familienförderung die Dämme gebrochen. Der Bund hat das, was Kärnten erfolgreich vorgezeigt hat, übernommen und der Bund hat heute bereits im größeren Rahmen die gleichen Überlegungen, diese Familienpolitik – ausgehend aus Kärnten – weiter zu entwickeln und damit auch dafür zu sorgen, dass die Kaufkraft in unserem Land steigt und dass damit auch verhindert wird, dass wir ständig durch neue Belastungen das Einkommen der Familien schmälern und damit letztendlich den Wirtschaftsabschwung einleiten.

Und der Rechnungsabschluss 2003 zeigt in den Grundziffern exakt eine Situation, wo wir, wenn wir ihn neutralisieren, einen Überschuss darstellen könnten. Das heißt, würden wir alle Bereiche der Sonderprojekte, die alle mit einstimmigen Regierungsbeschlüssen zu Stande gekommen sind – das sind 90 Millionen Euro plus 33 Millionen Landeslehrer, plus Einnahmenseinlöse auf Grund der schlechten Wirtschaftsentwicklung oder Steuerentwicklung und auch unserer nicht durchgesetzten LIG-Tranche 3 – dann kämen 145 Millionen Euro zu Stande, die dem Rechnungsabschluss Nettoabgang von 94 Millionen Euro gegenüber stehen. Das heißt, würde ich sozusagen hier eine Bilanz ziehen, dann hätten wir einen satten Überschuss. Das heißt, es war richtig, alle diese Maßnahmen zu setzen. Und es war folgerichtig, dass wir auch deshalb eine gute Konjunktur, eine geringere Arbeitslosigkeit und eine höhere Auftragslage unserer Wirtschaft haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Das heißt, aus der Betrachtung eines Unternehmers kann man heute sagen: Eine saubere Bilanz; das Unternehmen Kärnten steht gut da. Und wie schaut es jetzt beim Voranschlag 2004 aus? Ich habe, glaube ich, berechtigt auch hier meine Festlegungen getroffen. Wir wollen keine Änderung in der Grundfestlegung der Finanzpolitik. Unser Ziel ist es, klar und deutlich zu sagen, sozial und gerecht den Bedürfnissen der Menschen gerecht werdend und den Chancen dieses Landes sozusagen für die Zukunft und für die Zukunftsentwicklung, auch jene Mittel und Freiräume zu ermöglichen, die notwendig sind. Und hier darf ich auch sagen, dass wir beim Voranschlag 2004 nur kleine, unwesentliche Veränderungen durchgeführt haben, die wir im Dezember 2003 vorgelegt haben. Da gibt es Anpassungen für Personal und Pensionen, im

Gesundheitswesen, bei den Wohnbauförderungen, beim Flughafen und bei den Straßenbau- und BSE-Finanzierungen. Es ist in Wirklichkeit jene Vorlage, die wir sozusagen auch vorbereitet haben. Eine kleine Änderung wird es auch hier im Hause geben, weil wir auch der Meinung sind, dass das Problem der hohen Kanal-Anschlusskosten oder der Kanal- und Abwasserversorgungskosten hier geregelt werden muss. Es wird hier im Hohen Haus eine Änderung im Budgetansatz geben. Wir werden 3 Millionen Euro zuführen, in jenen Bereich, der auch über die Gemeinden in Zukunft nur dann finanzierbar ist, wenn das Land auch seinen Beitrag zahlt und damit Bundesmittel angesprochen werden können.

Aber die Schwerpunkte des Budgets 2004 sind dieselben wie in den letzten fünf Jahren. Ich nehme hier zwei große Bereiche heraus, die auch die größten Zuwächse haben. Das ist die soziale Wohlfahrt mit zusätzlichen 18 Millionen – einem Zuwachs von 8,7 Prozent – und die Gesundheit mit einem Zuwachs von 21 Millionen – das sind 9,3 Prozent. Alleine diese zwei Ziffern – 18 plus 21 sind 39 – ergeben 54 Prozent des Gesamtabganges des Jahres 2004. Also, ich ersuche auch jene, die diese Referate verwalten, dass sie sich in Zukunft auch dann nicht verabschieden, wenn es dann um Beschlüsse geht, wo wir dann die Rechnung begleichen. Das heißt, man kann nicht vorher ersuchen, dass das Geld aufgetrieben wird, das Geld dann zugeführt wird, aber dann – wenn es um die Begleichung der Rechnung geht – steht man vom Tisch auf und verläßt das Haus. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Das, glaube ich, muss man auch einem Koalitionspartner zumuten können.

Es gibt eine Koalition und es gibt auch eine Situation, wo auch andere Parteien und andere Vertreter in der Regierung, glaube ich, bekennen müssen, dass wir nicht auf ein Niveau zurückkehren dürfen, wo sozusagen um jeden Preis ein Gegenpreis zu erzielen ist. Das, glaube ich, hat keinen Platz. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen keinen politischen Kuhhandel um Budgetpositionen! Und das sei auch ganz objektiv, ohne Emotionen, an alle gerichtet. Wenn, dann bitte auch die Fairness und die Bereitschaft zu haben, dann das mitzutragen, was eine Zuwendung von Mitteln ermöglicht – nämlich ein Budget, einen Nachtragsvoranschlag. Und nicht auf der medialen Ebene Forderungen aufstellen,

Ing. Pfeifenberger

Unwahrheiten verbreiten und sozusagen den Finanzreferenten hin zu stellen, es ist er der Einzige, der möglicherweise Schulden macht für dieses Land. Ich mache keine Schulden. Ich vertrete nur jene Positionen, die es erlauben, dass wir – auch in einer moderaten Verschuldung – wichtige Entscheidungen, wichtige Investitionen, Weichenstellungen für die Zukunft finanziell abdecken. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Das ist meine Botschaft.

Deshalb gibt es auch im Budget 2004 die gleichen Schwerpunkte und es ist das eine Fortführung auf der gleichen Basis, auf der gleichen finanziellen Schwerpunktsetzung wie in den letzten fünf Jahren. Soziale Wohlfahrt 256 Millionen Anteil am Gesamtbudget; 15,2 Prozent. Gesundheit 263,2 Millionen Anteil mit 15,6 Prozent. Bildung 292 Millionen mit 17,3 Prozent. Dort stecken natürlich auch unsere Landeslehrer drinnen. Wir bekennen uns zu diesen Ausgaben, weil wir nicht wollen, dass gerade dort, wo Nachteile im allgemeinen Bereich entstehen und wo wir wirtschaftliche Entwicklung nur durch große Kraftanstrengungen sicherstellen, dass dort auch das Bildungsangebot noch unter die Räder kommt und dass dort sozusagen die Benachteiligten noch einmal einen Nachteil in Kauf nehmen müssen. Wir stehen zu einer Erhaltung unserer kleinen Schulden. Wir wollen optimieren, wir wollen durch reorganisatorische Maßnahmen natürlich auch Finanzmittel bündeln und Effizienzsteigerungen ermöglichen, aber eine Aufgabe dieser Position kommt auch für mich als Finanzreferent nicht in Frage. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Darüber hinaus gibt es natürlich auch eine Entwicklung, die uns immer wieder Schwierigkeiten bereitet – das ist die Seite der Einnahmen. Das heißt, bei steigenden Ausgaben, bei steigenden Bedürfnissen, bei auch berechtigten Initiativen, die wir finanzieren und tragen müssen, haben wir eine Situation, dass wir einnahmenseitig seit 2001 einen Rückgang der Ertragsanteile und der Einnahmensquellen des Bundes haben. Wir haben im Jahre 2001 545,8 Millionen eingenommen und wir haben jetzt, im Jahre 2004, 541,7 Millionen eingenommen. Das heißt, in vier Jahren um 4 Millionen Euro weniger. Bei enorm steigender Tendenz im Ausgabenbereich ist das keine Leichtigkeit. Das heißt, die Gründe dafür liegen in der Bevölkerungsentwicklung und auch in der Steuerleistung und Wirtschaftsentwick-

lung unseres Landes. Deshalb werden wir auch bei den FAG-Verhandlungen eine Linie einschlagen, die nicht erlaubt, dass wir noch einmal Beitragsleistungen für ein Erreichen des Nulldefizits oder für irgendwelche sonstigen Zwecke dem Bund hier freiwillig herausgeben.

Wir sind uns einig. Die gesamte Vertretung der Länder hat in der Landesfinanzreferentenkonferenz und in der Landeshauptleutekonferenz festgelegt, wir kehren zurück zum Status 2000. Das heißt, keine Sonderbeiträge mehr für die Budgetkonsolidierung, keine Unterfinanzierung im Krankenanstaltenbereich. Hier geht es um eine Milliarde Euro. Keine zusätzliche Finanzlast bei der Steuerreform, zurück zu den Quoten auf der Basis der Einnahmen. Nicht 25 Prozent, sondern 16-Prozent-Anteil ist der der Länder. Das heißt, der Herr Finanzminister wird sich hier sehr viel einfallen lassen müssen, dass er noch einmal eine unterschriebene Urkunde hat, wo der Stabilitätspakt und alles das, was die Maastricht-Ergebnisse betrifft, von den Ländern unterschrieben bekommt. Das wird schwierig. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Und wir haben, geschätzte Damen und Herren, auch wahrscheinlich als eines der wenigen Bundesländer, unsere Maastricht-Ergebnisse auf Punkt und Beistrich erfüllt. Wir haben heuer 95 Millionen Überschuss. Das ist zwar nicht das, was auf Grund des ordentlichen Stabilitätspaktes heraus kommen sollte, aber auf die Periode gerechnet haben wir einen satten Überschuss von 91 Millionen Euro. Das heißt, die Überschüsse, die Ersparnisse der ersten drei Jahre nach Maastricht, haben es erlaubt, dass wir auch 2004 mit der Gesamtbetrachtung gut gefahren sind. Kärnten hält das ein, was es versprochen hat. Kärnten hält auch den Stabilitätspakt ein!

Und jetzt möchte ich kurz die Finanzpolitik der nächsten fünf Jahre in den Grundzügen anreißen. Ich habe schon gesagt, wir werden unseren Weg nicht verlassen. Und ich hoffe auch, der Koalitionspartner wird diesem Ansinnen und diesem Wunsch beipflichten, weil er – glaube ich – erkannt hat, dass es nicht schlecht ist, wenn wir in jene Bereiche investieren, die Zukunft bringen. In jene Bereiche, die auch regionalpolitisch für viele Menschen neue Arbeitsplätze, gute Arbeitsplätze, hoch bezahlte Arbeitsplätze sichern. Das ist vor allem die soziale Wohlfahrt, vor allem die Erhaltung unserer Familien, die Kauf-

Ing. Pfeifenberger

kraft unserer Familien, die Gesundheit. Vor allem auch die Bildung und die Ausbildung, natürlich auch die Wirtschaft und die Infrastruktur, dort wo es um die Anbindung an die Zentralsräume geht, dort wo es um Kommunikationstechnologien geht. Ich denke nur hier, die Breitbandinitiative ist ein geeignetes Instrument, hier auch den ländlichen Raum mit modernen Technologien und mit der gesamten Welt zu vernetzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Das heißt, über eine Glasfaservernetzung Kärntens werden wir einen Quantensprung auch in der Frage von Betriebsstandorten, von Gewerbeparks, von interkommunalen Kooperationen zu Stande bringen. Dort ist es dann egal, wo der Betrieb steht. Wir müssen nur uns auch, glaube ich, darüber einigen, dass wir nicht nur mehr die Gemeinde alleine sehen, sondern wir müssen eine Taltschaft, eine ganze Region sehen und dort die Schwerpunkte richtig setzen.

Aber ein, glaube ich, wesentlicher und für mich unverzichtbarer Bestandteil der Finanzpolitik der nächsten fünf Jahre bleibt der ländliche Raum und auch die Landwirtschaft.

Ich sage das ganz bewusst. Ich komme aus dieser Ecke, und ich weiß, was uns dort bevorsteht. Das wird die größte Herausforderung der gesamten Politik sein: den ländlichen Raum den Bauern, die draußen heute noch in der Lage sind, ihre Höfe zu bewirtschaften, auch in 15 Jahren ein Angebot zu machen. Da werden sich die Qualitäten entscheiden. Da werden wir uns viel einfallen lassen müssen, wenn wir heute schon beobachten, wie Gemeinden unfinanzierbar werden, wie Regionen veröden, wie Abwanderung und quasi auch „Verödung der Gesellschaft“ jeden Tag zunehmen. Das ist die größte Herausforderung, aus meiner Sicht, für die nächsten fünf Jahre!

Deswegen brauchen wir geeignete Instrumente, geeignete Strukturen. Und da ist das Gesundheitswesen auf einer leistbaren Basis, auf einer sozial gerechten Basis, ein geeignetes Instrumentarium. Wir brauchen draußen aber auch eine Stimmung, wo die Menschen in der Lage sind, dann zu beurteilen: Wir haben sie nicht im Stich gelassen; wir haben dafür Sorge getragen, dass draußen auch das gesellschaftliche Leben weiterhin möglich ist; dass Bildung, Gesellschaft, Unterhaltung auch Tradition und Kultur das sicherstellt, was ein Land mit hoher Lebens-

qualität ausmacht. Das ist für uns ganz wichtig! Hierbei darf es nicht um ideologische Zielsetzungen gehen, sondern wir müssen das umsetzen, was die Menschen von uns erwarten. Dazu brauchen wir eine solide Finanzierbarkeit dieser Vorstellungen. Das heißt, hier müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, dass es wahrscheinlich gescheiter ist, eine moderate Verschuldung dieses Landes zuzulassen, meine Latte liegt bei 0,4 % des BIPs, und natürlich gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass dort, wo wir Effizienzsteigerungen herausholen können - in der öffentlichen Verwaltung durch neue Technologien, in der Gesundheit durch ein adäquates, auf neue Gegebenheiten, auch auf neue Vorgaben des Bundes abgestimmte Leistungsangebotserstellung -, das Geld richtig und nachhaltig einzusetzen, um nicht das Problem zu bekommen, dass wir im Gesundheitswesen einen finanziellen Kollaps erleiden. Hier bitte und ersuche ich auch den Gesundheitsreferenten, mit uns gemeinsam diesen Beschluss noch einmal gründlich zu überlegen und im Einvernehmen mit allen Beteiligten (mit den Arbeitnehmervertretern, mit den Regionen, aber vor allem mit den Gemeinden) noch einmal die Struktur dieser Kärntner Gesundheitseinrichtung gesamtheitlich zu überdenken! Es geht hierbei nicht um große Anpassungen. Es geht letztendlich darum, dass wir Schwerpunkte setzen, dass wir sagen: Es kann eine Disziplin in Kärnten nur einmal finanziert werden, und sie darf auch nur einmal stattfinden! Dann werden wir auch auf die Vorgaben des Bundes reagieren können. Dann werden wir eine hundertprozentige Gesundheitsversorgung der Kärntner Bevölkerung sicherstellen. Dann werden wir die Standortgarantie einhalten, und dann werden wir die Beschäftigung nicht nur sichern, sondern auch ausbauen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich glaube, deshalb ist das ganz wichtig, weil wir damit auch – erstmalig in Kärnten! – so etwas wie ein FAG-Paktum machen: Land und Gemeinden. Ich denke, wir sind hier in der Lage, dieses Modell für Österreich zu installieren. Es wäre eine Lösung, wo wir einvernehmlich mit den Gemeinden über alle Finanzströme, über alle Einnahmenquellen, über alle Ressourcen, die wir verwalten, die uns gehören, die wir werthaltig einsetzen könnten, einen neuen Weg beschreiten, wo es den Gemeinden gelingt, ihre finanziellen Probleme zu lösen, ihre Aufgaben als gesell-

Ing. Pfeifenberger

schaftspolitische Lokomotive draußen wahrzunehmen und damit aber auch zu ermöglichen, dass es in Zukunft auch in den Regionen, in den Tälern und Talschaften Wirtschaftsentwicklung gibt, dass es dort Tourismus gibt, dass es dort auch Chancenbewirtschaftung gibt. Ich glaube, diese Aufgabe muss uns bewusst werden! Es sollte sozusagen auch hier in der Koalition und auch unter allen Parteien in dieser Frage Einigkeit bestehen, dass wir diesen Aufgaben nur dann gerecht werden und nur dann dieses Land ganzheitlich zu einem Musterland und einer Modellregion entwickeln werden können, wenn wir einvernehmlich die Aufgabenteilung durchführen, aber auf der anderen Seite auch sagen, wer was finanziert. Es ist immer das gleiche Geld. Es gibt kein Geld des Finanzreferenten, es gibt kein Geld des Bürgermeisters, und es gibt kein Geld des Finanzministers. Es ist immer das Geld des Steuerzahlers! Wir müssen so intelligent sein, dass wir sagen: Welche Möglichkeiten gibt es in der Zukunft? Wo haben wir Ressourcen? Wo haben wir Vermögenswerte, die wir nicht privatisieren, sondern werthaltig in der Bewirtschaftung so einsetzen, dass sie uns Erträge bringen, dass sie uns Finanzunterstützungen bringen - sodass wir sagen können: Mit diesen Ezzes haben wir einen Gutteil der finanziellen Aufgaben dieses Landes bewältigt!

Ich denke hierbei konkret an die Hypo. Die Hypo ist es so etwas. Wenn wir den Expansionskurs der Hypo weiterhin unterstützen, dann haben wir die Chance, in den nächsten zehn Jahren enorme Kapitalbeträge zu generieren, um hier auch den Ausgleich zwischen den starken Regionen und den schwachen Regionen, zwischen den starken Gemeinden und den schwachen Gemeinden, zwischen den unterentwickelten Tälern und dem hoch entwickelten Zentralraum herzustellen. Ich glaube, das ist ein Gebot der Stunde. Hier geht es darum, auch gemeinsame Wege zu gehen: im Tourismus, in der Gesundheitspolitik, in der Frage der Zukunftstechnologie (Solartechnologie, Biomasse).

Die Frage der Verwertung oder Bewirtschaftung von Agrarflächen wird uns ganz enorm viele neue Chancen einräumen. Wir wissen heute noch nicht, was wir aus diesen Agrarflächen alles herausholen können. Das heißt, auch ein Projekt im Sinne der Kooperation Landwirtschaft und Industrie sollte uns in Kärnten möglich sein. Hier gibt es viele Ressourcen, die nicht

genützt werden. Es gibt hier viele Kompetenzen, die wir in Kärnten haben, die wir nicht umsetzen, weil uns das bisschen Geld fehlt, weil wir dort nicht F & E betreiben können, wie das andere Länder tun: ich glaube, alleine die Frage der Waldbewirtschaftung, die Frage der autarken Energieversorgung, die Frage der ökologischen Bewirtschaftung unserer Agrarflächen. Ich nehme hier nicht das Wort „industrielle Produktion“ in den Mund - ich nehme nur die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Industrie in den Mund. Das heißt, wir haben heute die Möglichkeit, flächenunabhängig auf ökologischer Basis wiederum auch in die tierische Veredelung einzusteigen. Wir haben einen Riesenmarkt! Wir haben heute Firmen in Kärnten, die in der Lage sind, am Weltmarkt mit diesen Produkten, mit diesen Qualitäten erfolgreich zu sein! Wir haben nur das Problem, dass wir nicht produzieren, weil wir uns von der ökologischen Seite, von der Umweltseite her selbst Schranken setzen. Berechtigt. Zu denen stehen wir; die wollen wir auch nicht aufbrechen. Es gibt aber genügend Möglichkeiten, heute über die Erzeugung von Biomasse (quasi Abfall) auch in die Energiegewinnung, in die Stromerzeugung und in andere Ressourcen einzusteigen. Ich glaube, hier müssen wir umdenken!

Genauso, wie es auch einen neuen Weg in der Frage von Finanzierungsmodellen geben muss. Das Modell eines gemeinsamen Ausbildungsfonds für die Berufsschulen, für jene Menschen, die eigentlich dann das Rückgrad unserer Wirtschaftsentwicklung sind, nämlich gut ausgebildete Facharbeiter, gut ausgebildete Meister und möglicherweise dann auch junge Unternehmer: dort, glaube ich, haben wir Handlungsbedarf. Dort werden Land, Gemeinden und Wirtschaft einen Schulterschluss machen müssen – sonst werden uns dort die Kapazitäten wegbrechen. Das wäre für uns ein Standortnachteil: Wenn wir nicht genügend Facharbeiter heranbilden können, haben wir wirtschaftspolitisch, standortpolitisch bereits verloren!

Oder: Ländliches Wegenetz. Ein ganz wichtiger Aspekt! Es muss uns gelingen – da, glaube ich, haben wir in den letzten Jahren sehr viel bewegt. Wir haben zusätzliche Mittel dort hineingesteckt. Es ist viel bewegt worden, aber der Aufholbedarf ist dort noch riesig groß. Hier denke ich, dass wir auch gemeinsam einen neuen Weg einschlagen müssen, um dafür Dritte in die Fi-

Ing. Pfeifenberger

nanzierung zu nehmen, denn diese Infrastruktur wird von jedermann benutzt: von jedem Urlaubsgast, von jedem städtischen Bewohner. Jeder hat es gerne, wenn er auf einer schönen Straße, auf einer schönen Bergstraße oder auf einem Bergweg dahinfahren und die Natur bewundern kann. Ich glaube, dafür ist auch ein solidarischer Beitrag zu leisten.

Genauso, wie es auch darum geht, im ländlichen Raum einfach über bestimmte Infrastrukturprojekte im Tourismus, in wirtschaftliche Bereiche Leitinvestitionen zu setzen, um damit wieder eine Schubumkehr, eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung zu Stande zu bringen. Überall dort, wo wir in den letzten fünf Jahren in den Tourismus investiert haben, haben wir geringste Arbeitslosigkeit, höchste Beschäftigungsstände und eine gute Auftragslage, auch im gewerblichen Bereich!

Deshalb, zusammenfassend, sollte die Finanzpolitik - und das ist mein erklärter Wille der nächsten fünf Jahre! - auf folgenden Kriterien aufbauen: Es geht um die Finanzierbarkeit. Es gibt nur Wünsche, wenn wir diese Wünsche auch monetär erfüllen können. Das heißt, keine Ausgaben, wenn es dazu nicht auch Einnahmen gibt. Neue Ausgaben nur mit neuen Einnahmen! Keine übermäßige Verschuldung! Werthaltige Ressourcen, die dem Lande nützen, nicht durch Privatisierung sondern durch intelligente organisatorische gesellschaftsrechtliche Einbindungen, dass wir Aufgaben, die das Land normalerweise zu tragen hätte, dorthin verlagern, ohne unser Eigentum und unser Kapital aus der Hand zu geben. Geringe Kosten! Das heißt, wir brauchen Strukturen, die kosteneffizient arbeiten. Es kann nicht mehr sein, dass wir heute mit Doppelgleisigkeiten Geld verschwenden, ohne dass der Bürger, der Patient oder der Urlaubsgast davon etwas haben.

Oder – auch ein wichtiger Aspekt -, dass wir es nicht wollen, dass in Kärnten durch irgendwelche Belastungen die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt wird. Das heißt, das, was wir in den letzten fünf Jahren durch eine konsequente Tarifpolitik, durch die Verhinderung von Mieterhöhungen und durch die Verhinderung von Strompreiserhöhungen zu Stande gebracht ha-

ben, hat es sozusagen auch in den nächsten fünf Jahren zu geben! Hier werden wir unseren Weg nicht verlassen. Wenn diese Koalition bereit ist, diese Grundsätze einzuhalten, dann wird es auch in den nächsten fünf Jahren den Menschen in Kärnten gut gehen.

Ich bedanke mich bei allen Abgeordneten, bei allen Bürgermeistern, bei meinen Regierungskollegen, besonders beim Herrn Landeshauptmann und auch beim Präsidium des Landtages für die mir entgegen gebrachte gute Zusammenarbeit und wünsche mir für die neue Periode eine spannendes, konstruktives und den Bedürfnissen der Menschen entsprechendes Mitarbeiten: zum Wohle unseres Landes! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich beim Landesfinanzreferenten für seine umfassenden und interessanten Ausführungen einerseits zu seinen allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Einschätzungen, andererseits zum Rechnungsabschluss 2003, zum Voranschlag 2004, aber auch zu seiner Vorschau auf die nächsten fünf Jahre!

Ich glaube, es liegt eine sehr, sehr große Verantwortung für unser Haus, für den Kärntner Landtag, vor uns. Es werden die Diskussionen um diese Materien in der nächsten Woche im Finanzausschuss stattfinden. Im Hohen Haus wird es in 14 Tagen, am 27. und 28. Mai, entsprechende Debatten und Beschlussfassungen geben. Ich weise darauf hin, dass die Unterlagen zum Rechnungsabschluss, aber auch zum Voranschlag (mit allen Begleitunterlagen) bereits gestern an die Damen und Herren Abgeordneten ausgeteilt wurden. Ich empfehle Ihnen diese auch zum eingehenden Studium.

In diesem Sinne möchte ich die Tagesordnung nun beschließen. Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich den Landtagsdirektor bitten, uns mitzuteilen, welche Anträge und Behandlungsstücke in dieser Sitzung eingelangt sind!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Der heutige Einlauf umfaßt 6 Anträge und 1 Petition.

A) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 95-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend 6. EU-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Studie in Auftrag zu geben, in welcher die Möglichkeiten und Chancen für Partizipationen des Bundeslandes Kärnten im Rahmen des 6. EU-Rahmenprogrammes für Forschung und Entwicklung aufgezeigt werden

2. ein grenzüberschreitendes Kooperationsprogramm im Alpe-Adria-Raum zur gemeinsamen und kooperativen Nutzung der Zielsetzungen des 6. EU-Rahmenprogrammes unter Einbeziehung von Institutionen und privaten Unternehmungen zu vereinbaren und

3. künftig die Förderrichtlinien des Landes und des KWF auch auf die Zielsetzungen des 6. Rahmenprogrammes sowie die spezifischen Chancen für Kärnten auszurichten.

Zuweisung: **Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa**

2. Ldtgs.Zl. 96-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Mopedausweis – einheitliche Vollziehung durch die Schulbehörden mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Vollzie-

hung des österreichischen Führerscheingesetzes (§ 31 Mopedausweis) die Kärntner Schulen - notwendige Bestätigung der Schule, dass dem Antragsteller (= Lehrling), für die Fahrt von seinem Wohnort zu seiner Ausbildungsstätte keine oder auf Grund des Fahrplanes unzumutbare öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen - eine einheitliche Vorgangsweise an den Tag legen.

Zuweisung: **Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule**

(Die anfangs getätigte Zuweisung des Schriftführers an den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr wird nach Information des Hohen Hauses durch den Präsidenten auf den aktuell lautenden Ausschuss korrigiert.)

3. Ldtgs.Zl. 97-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend keine Schließung des Bezirksgendarmeriekommandos Feldkirchen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicher zu stellen, dass es zu keiner Schließung des Bezirksgendarmeriekommandos Feldkirchen kommt.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

4. Ldtgs.Zl. 135-1/29:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Reduktion der Kostentragung von Gemeinden im Bereich der Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefor-

Mag. Weiß

dert, dafür Sorge zu tragen, dass entsprechend der Beschlussfassung vom 31.1.2002, mit Wirksamkeit 1.1.2005, es zu einer Veränderung des derzeitigen Aufteilungsschlüssels von 60 : 40 auf 50 : 50 zwischen den Kärntner Gemeinden und dem Land Kärnten für den Bereich des Kärntner Sozialhilfegesetzes und des Kärntner Jugendwohlfahrtgesetzes kommt.

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die hierfür notwendigen Entwürfe von Gesetzesvorlagen dem Kärntner Landtag rechtzeitig vorzulegen und weiters bei der Budgeterstellung für das Jahr 2005 auf den abzuändernden Aufteilungsschlüssel Bedacht zu nehmen.

Zuweisung: **Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt**

5. Ldtgs.Zl. 98-1/29:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Kärntner Sängerbund mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in den Entwürfen der Landesvoranschläge dafür Sorge zu tragen, dass für den Kärntner Sängerbund ausreichend finanzielle Mittel (zumindest 80.000 Euro) durch das Land vorgesehen werden, damit auch in Zukunft der Kärntner Sängerbund seine bisherige hervorragende Arbeit für Kärntens Musik-, Brauchtums- und Kulturpflege im gewohnten Umfang fortsetzen kann.

Zuweisung: **Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule**

6. Ldtgs.Zl. 99-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Aufrechterhaltung der Kasernenstandorte in Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die Kasernenstandorte Bleiburg und Wolfsberg nicht aufgelassen werden.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

B) Petition:

Ldtgs.Zl. 100-1/29:

P e t i t i o n vom 13.5.2004 betreffend die Aufnahme des MRT-Gerätes des Deutsch-Ordens-Spital Friesach in den Österreichischen Großgeräteplan 2005 überreicht durch Abg. Tauschitz

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke! Meine Damen und Herren, Hohes Haus, damit ist die Tagesordnung und weitere Informationen beendet. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, keine Behandlungsstücke. Und damit schließe ich die heutige Sitzung und danke für Ihre Mitwirkung.

Ende der Sitzung: 12.04 Uhr